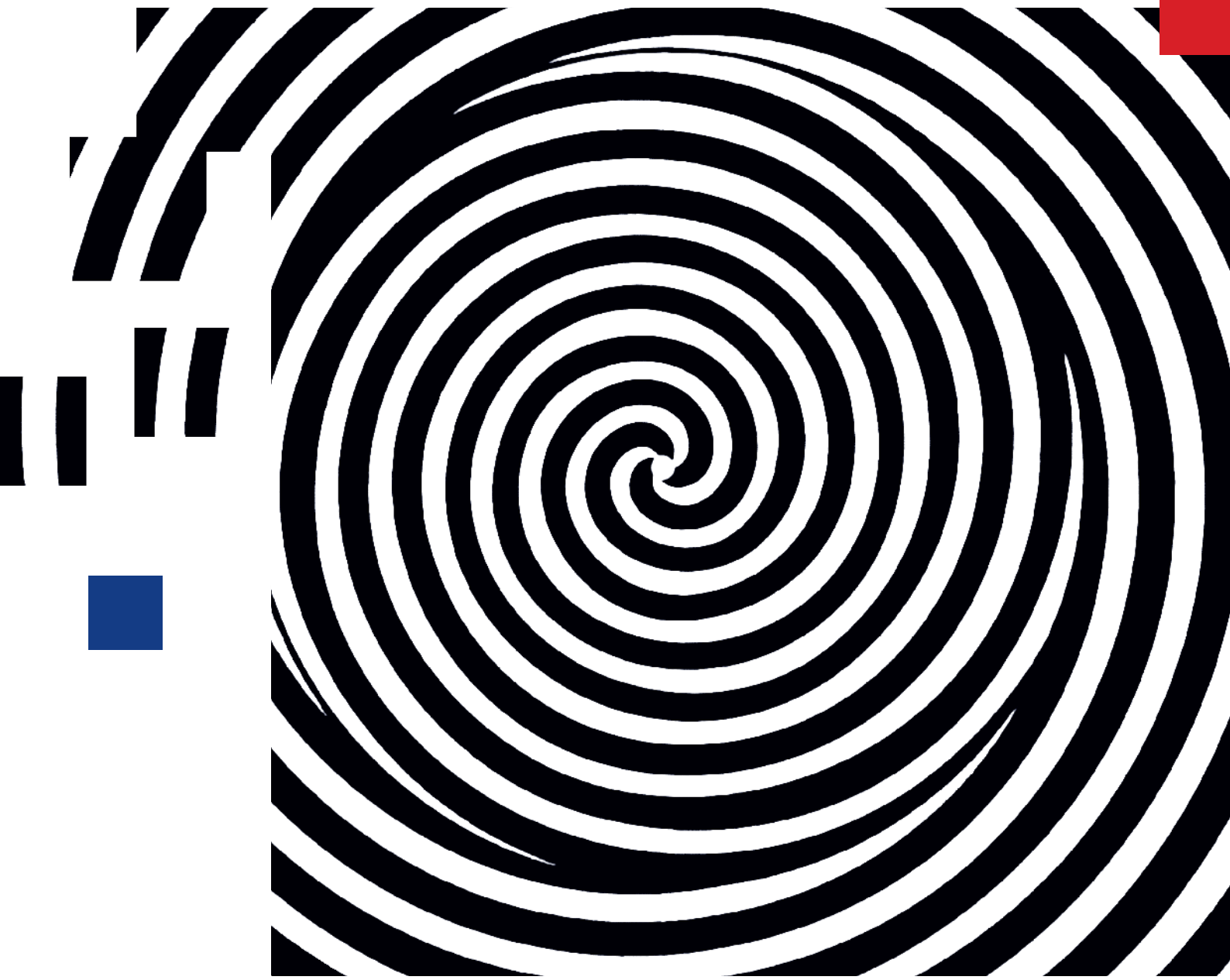
www.gegen-vergessen.de 87 / November 2015

Gegen Vergessen

FÜR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Radikalisierung

weitere Themen:

- **Antiziganismus in Ungarn**
- **Das Rosenburg-Projekt**

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie, liebe Freundinnen und Freunde,

in einer gemeinsamen Sitzung haben Vorstand und Beirat einstimmig der kommenden Mitgliederversammlung vorgeschlagen, Prof. Dr. Bernd Faulenbach zum Vorsitzenden unseres Vereins zu wählen. Gleichzeitig wurde der geschäftsführende Vorstand aufgefordert, Vorschläge für die dann gegebenenfalls erforderliche Neuwahl eines/einer stellvertretenden Vorsitzenden zu machen und dabei Überlegungen zu einer Verjüngung des Vorstandes einzubeziehen.

Mit dem Beschluss folgten Beirat und Vorstand unserer Empfehlung. Vorausgegangen war dem ein umfangreicher und intensiver Prozess der Personalfindung. Die stellvertretenden Vorsitzenden hatten sich mehrmals als „Findungskommission" zusammengefunden, die Regionalen Arbeitsgruppen wurden in den Prozess einbezogen, mit einzelnen Kandidaten wurden intensive, aber nicht erfolgreiche Gespräche geführt. Aus der Mitgliedschaft wurde bereits mit Beginn dieses Findungsprozesses Prof. Faulenbach wiederholt als Kandidat genannt. Aus Regionalen Arbeitsgruppen wurde angemerkt, dass eine Wahl von bekannten und politisch gut vernetzten Persönlichkeiten ohne eine vorherige besondere Verankerung in unserer Vereinigung nicht dem gewachsenen Selbstbewusstsein der Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. entspreche.

Prof. Faulenbach stand einer Kandidatur zunächst ablehnend gegenüber. Wir sind dankbar, dass er sich dann doch von einer Kandidatur überzeugen ließ. Für den Vorschlag war insbesondere ausschlaggebend: Die inhaltliche Verbindung zu den Themen unserer Vereinigung soll im Vordergrund der Personalentscheidung stehen.

Prof. Faulenbach hat wie kaum ein anderer die deutsche Erinnerungskultur in vielen Gremien, durch Gutachten, Bücher und Vorträge mitgestaltet. Nicht umsonst folgt der in Gedenkstätten mit NS- und auch NKWD-/Stasi-Geschichte praktizierte Umgang mit dieser doppelten Vergangenheit der sogenannten „Faulenbach'schen Formel": NS-Verbrechen nicht relativieren, kommunistisches Unrecht nicht bagatellisieren. Prof. Faulenbach hat aus dieser Arbeit und weiteren politischen Ämtern einen bevorzugten Zugang zu Entscheidungsträgern in Politik und Gesellschaft.

Prof. Faulenbach hat entscheidend an der Weiterentwicklung der Arbeit unserer Vereinigung mitgewirkt. Mit den Themen „Entwicklung unserer Demokratie", der Forderung nach einer „europäischen Erinnerungskultur" und den besonderen Herausforderungen „historischer Verantwortung in einer Migrationsgesellschaft" hat die Leipziger Mitgliederversammlung bereits weitere Akzente für unsere Arbeit gesetzt. Prof. Faulenbach wird das fortführen.

Seit 2003 ist Prof. Faulenbach stellvertretender Vorsitzender unserer Vereinigung. Er kennt aus seiner Arbeit die Regionalen Arbeitsgruppen und viele Mitglieder, und sie kennen ihn.

Wir möchten Sie hiermit über diesen Sachstand informieren und bitten um Unterstützung des Vorschlages auf der Mitgliederversammlung in Duisburg am 21. November.

Mit freundlichen Grüßen

Eberhard Diepgen
stellvertretender Vorsitzender

Dr. Irmgard Schwaetzer
stellvertretende Vorsitzende

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Redaktion: Liane Czeremin, Julia Wolrab, Dr. Dennis Riffel, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 2364-0251

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

THEMEN

Wenn junge Menschen sich im Internet radikalisieren 4
Extremistisch, militant, radikalisiert? 7
Ausgrenzung beschleunigt Radikalisierungsprozesse 10
Best practice mit Politik, Engagement, Verständigung und Spaß 13
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa 14
Antiziganismus in Ungarn 15
Das Rosenburg-Projekt 18
Hoher „Belastungsgrad“ 18
Aktuelle Ansätze in der Gedenkstättenarbeit 21

AUS UNSERER ARBEIT

Warum Ida Knop mein Vorbild ist 24
Partnerschaften für Demokratie: Weiterbildungsangebot für lokale und regionale Akteure 26
Geschichte wirkt vor Ort 27
Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus 29
RAG Rhein-Main: „Mensch Nazi“ 30
RAG Mittelrhein: Nur keinen Arzt – nur keinen Arzt 31
RAG Rhein-Ruhr-West: In Duisburg werden Impulse gesetzt 32
RAG Schleswig-Holstein stellt sich vor 34
RAG Südhessen: Als die Angst die Seiten wechselte 35

NAMEN UND NACHRICHTEN

DDR-Museum Pforzheim neu eröffnet 36
Ein „Türöffner“, der im Stillen klug und geduldig Schwerpunkte setzt 37
Ein „Küchenkabinett“ für spontane Selbsthilfe 38
Filmrezension: Der Staat gegen Fritz Bauer 39

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: 41
Die schwarze Macht. Der „Islamische Staat“ und die Strategen des Terrors.
Zum Töten bereit. Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen.
Endstation Islamischer Staat? Staatsversagen und Religionskrieg in der arabischen Welt.
Europa: Festung oder Sehnsuchtsort?
Gehen, ging, gegangen.
Über die unermüdliche Zeitzeugin Ingeborg Hecht 45
Stacheln im Honig. Eine deutsch-israelische Familiengeschichte 46

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Julia Wolrab und Martin Ziegenhagen

Wenn junge Menschen sich im Internet radikalisieren

Erfahrungen der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

Wer gehört werden will, macht heute virtuell auf sich aufmerksam. Soziale Medien wie Twitter, Facebook, Youtube oder Tumblr bieten Menschen weltweit die Möglichkeit der schnellen, digitalen Interaktion. 94 Prozent der in Deutschland lebenden Jugendlichen nutzen mehrmals pro Woche das Internet als Teil der Freizeitgestaltung.

Das wissen längst auch Rechtsextremisten und andere radikale Gruppierungen. Sie missbrauchen im Schutze der (vermeintlichen) Anonymität das Internet als Propagandainstrument: Das Prinzip, durch Hassrede (hate speech) im Netz in kurzer Zeit eine neue, überwiegend junge Zielgruppe zu erreichen, scheint aufzugehen.

Doch wann fangen junge Menschen tatsächlich an, sich zu radikalisieren? Wie manifestiert sich das? Mit diesen und ähnlichen Fragen setzt sich die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus seit nunmehr sieben Jahren auseinander. Unsere Erfahrung: Allgemeingültige Antworten und Patentlösungen gibt es nicht. Wohl aber einige wiederkehrende Muster, die für viele Fälle aufschlussreich sein können.

Foto: Fotograf / Couragiert-Magazin

Online beraten ist Teamarbeit. Auf dem Foto Liane Czeremin, Martin Ziegenhagen und Julia Wolrab (v.l.n.r.).

Suche nach Anerkennung

Soziale Benachteiligung, Diskriminierungserfahrungen, die Suche nach Orientierung und familiäre Konflikte sind offenbar Faktoren, die eine Radikalisierung bei jungen Menschen begünstigen können. Erfahrungswerte der Online-Beratung zeigen, dass viele der betroffenen Jugendlichen Anerkennungsdefizite beklagen.

Unsere Beratungsarbeit mit Eltern rechtsextremer Jugendlicher eignet sich gut zur Veranschaulichung dieser Fälle. Hier zeigt sich, dass Eltern häufig schon länger kaum noch mit den Jugendlichen kommuniziert haben. Und wenn, dann konfrontativ und ablehnend, nicht wertschätzend und interessiert. Ebenfalls erfahren wir immer wieder, dass bereits vorher Familiendynamiken gewirkt haben, die für die Jugendlichen in der labilen Phase der Adoleszenz zusätzliche destabilisierende Effekte nach sich zogen.

Der Grat ist schmal: Eltern sollen gleichzeitig Orientierung und Halt geben, Grenzen setzen und ihre Kinder auf dem Weg ins eigene Leben loslassen. Diese Aufgaben erfordern Geduld und Empathie, aber auch ein hohes Maß an Selbstreflexion. Damit sind viele Eltern irgendwann überfordert. Zumal es zu dieser Lebensphase gehört, dass Jugendliche neue Wege gehen und sich von den Eltern abgrenzen. Sie wenden sich beispielsweise jugendkulturellen Szenen zu. Für welche Szene oder Gruppierung sie sich dabei entscheiden, ist in den meisten Fällen vom Angebot vor Ort abhängig, und die Wahl erfolgt mehr oder minder zufällig.

Viele Jugendszenen sind unproblematisch, doch leider ist etwa auch die rechtsextreme Szene für bestimmte Jugendliche attraktiv. Weil sie identitätsstiftende Angebote macht, weil sie Zugehörigkeit und Anerkennung suggeriert, weil sie den Jugendlichen das Gefühl gibt, an etwas Besonderem teilzuhaben, weil sie die Jugendlichen emotional erreicht. Sie ködert junge Menschen mit Musik, Videos, interaktiven Elementen und auf den ersten Blick gesamtgesellschaftlich anschlussfähigen Themen. Auch wenn Kinder und Jugendliche gar nicht nach

rechtsextremen Inhalten suchen, können sie über Suchmaschinen, Videoplattformen oder soziale Netzwerke schnell auf deren Angebote stoßen. Modern-ästhetisch aufgemacht werden subtil rassistische Botschaften vermittelt, zum Beispiel über positiv besetzte Begriffe wie „Deutsch? Cool!“ oder „für Heimat, Freiheit und Tradition“.

Diese Strategie verfolgt etwa die sogenannte Identitäre Bewegung. Die Suche nach Identität ist ein Thema, das viele junge Menschen im Laufe des Erwachsenwerdens beschäftigt. Wer bin ich eigentlich? Wohin führt mein Weg? Was macht mich aus? Wo finde ich Halt? Die Bewegung liefert auf ihrer Website schnelle Antworten. Die „Identitären“ stellen das Zusammengehörigkeitsgefühl ihrer Mitglieder in den Vordergrund und werben für Gemeinschaft und Austausch mit Gleichgesinnten. Die rassistischen, muslimfeindlichen Inhalte der Seite werden erst beim Weiterklicken sichtbar. Eine Kontaktaufnahme erfolgt bei Interesse dann ganz einfach über E-Mail oder über die an den Webauftritt angegliederten Seiten der sozialen Netzwerke wie Facebook.

Foto: GVFD-Archiv

„Pure hate“ unter BVB-Dortmund-Fans. Wie kommen junge Menschen dahin, sich zu radikalisieren?

Prozess geschieht oft unbewusst

Hat die muslimfeindliche Szene Jugendliche erst einmal in ihren Fängen, besteht bei ihr keinerlei Interesse, sie wieder loszulassen. Im Gegenteil, sie hat von vornherein das Ziel, junge Menschen für ihre menschenverachtenden Ziele zu instrumentalisieren und schrittweise gegen die demokratische Gesellschaft in Stellung zu bringen. Bis hin zu konkreten Gewalthandlungen im Namen dieser Ideologie.

Die Jugendlichen radikalisieren sich oft, ohne dass sie das beabsichtigen und bemerken. Sie sind fasziniert von dem, was diese neue Welt bietet. Manche von ihnen bringen bestimmte Einstellungen schon mit, neigen zu gruppenbezogenen Vorurteilen, autoritärem Denken oder zu Gewaltaffinität. Aber das trifft nicht auf alle zu. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit, das rechtsextreme Weltbild, der Rassismus, der Hass und die Gewalt werden in fast homöopathischen Dosen verabreicht. Anfangs verpackt über emotionale Gruppenerlebnisse wie Konzerte, wo Hass und Gewalt die Liedtexte dominieren und die Jugendlichen mitgerissen werden. Später dann über politi- »

„Nachlass“ eines Aussteigers aus der rechtsextremen Szene. Viele Jugendliche gelangen über die Musik zur rechtsextremen Ideologie.

Foto: Liane Czeremin

Foto: GVFD-Archiv

Wer auf rechtsextremen Demonstrationen mitläuft, ist häufig schon etwas länger in der Szene dabei. Die „Politik" steht oft nicht am Anfang.

» sche Schulungen, Demonstrationsveranstaltungen und Parteitage.

Schwierige Aufgabe für Angehörige

Die Jugendlichen geraten in eine Radikalisierungsspirale, von der eine große Kraft ausgeht. Angehörige, vor allem Eltern, deren Kinder in dieser Szene verstrickt sind, müssen sich damit auseinandersetzen, dass die Kinder dort gerne sind, sich dort wohlfühlen, dass es dort etwas gibt, was sie fasziniert. Ein großer Teil unserer Beratungsarbeit befasst sich damit, gemeinsam mit den Eltern in einem langsamen Prozess einen Umgang mit dieser Problematik zu finden.

So, wie es Wege hinein in eine Radikalisierungsdynamik gibt, so gibt es meistens auch welche heraus. Häufig beginnt eine Lösung damit, dass Eltern den Jugendlichen ein neues, für sie ungewohntes Beziehungsangebot machen. Es geht dabei um Anerkennung, Wertschätzung, Interaktion und Kommunikation auf Augenhöhe. Es geht nicht um die Erhöhung des Kuschelfaktors. Im Gegenteil, genauso, wie das Ernstnehmen des Jugendlichen dazugehört, ist eine klare, nachvollziehbare Grenzsetzung gegenüber extremistischen, menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Einstellungen erforderlich. Die zentrale Aufgabe von Eltern in dieser Zeit ist es, den Jugendlichen ein starkes Gegenüber zu sein, an dem sie sich sowohl orientieren als auch reiben können. Liebevoll und stärkend, aber eindeutig in der Haltung und der Werteorientierung. Das ist eine mühsame und anspruchsvolle Aufgabe.

Auch Islamisten nutzen das Internet als Rekrutierungsplattform

Ebenso wie rechtsextreme Gruppierungen setzen auch andere fundamentalistische oder extremistische Organisationen auf das Internet als Ort jugendlicher Sinnsuche. Nils Böckler und Andreas Zick haben in Bezug auf den religiös begründeten Extremismus die Verbindung zwischen Identitätssuche und extremistischen Bewegungen im Internet weiter verdeutlicht. Sie beschreiben den Gedanken einer „Parallelwelt", in der man sich ein neues Leben mit neuen Freunden, Zielen und Idealen aufbauen kann. Diese Vorstellung wirkt gerade auf Menschen, die sich in ihrem realen Umfeld in krisenhaften Situationen befinden und/oder den Halt zu ihrem familiären und gesellschaftlichen Umfeld verloren haben.

Islamistische Propagandisten nutzen dabei ähnliche Wege wie Rechtsextreme, um Jugendliche zu rekrutieren. Die Einstiegsprozesse und weiteren Verläufe ähneln sich jedenfalls stark. Sehr oft beginnt dieser Weg im Internet oder einzelne Radikalisierungsschritte erfolgen dort.

Dementsprechend können bei der Entwicklung von Gegenstrategien die Erfahrungen hilfreich sein, die bei Ausstiegsprozessen von rechtsextremen Jugendlichen gemacht werden. Je früher das Umfeld sensibel reagiert und Veränderungen bewusst wahrnimmt, die ein Jugendlicher zeigt, der sich radikalisiert, umso eher sind Einflussnahmen noch möglich. Das Internet macht es Angehörigen zwar nicht leichter nachzuvollziehen, wo Jugendliche sich umtun. Aber das Interesse daran lohnt sich. Fast immer laufen erfolgreiche Handlungsstrategien über eine offene Kommunikation, die den betroffenen Jugendlichen ernst nimmt. ■

Julia Wolrab ist Historikerin und Islamwissenschaftlerin, wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und verantwortet das „Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus" in Kooperation mit der Türkischen Gemeinde in Deutschland e. V., siehe Artikel Seite 29.

Martin Ziegenhagen ist Diplom-Pädagoge und Projektleiter der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

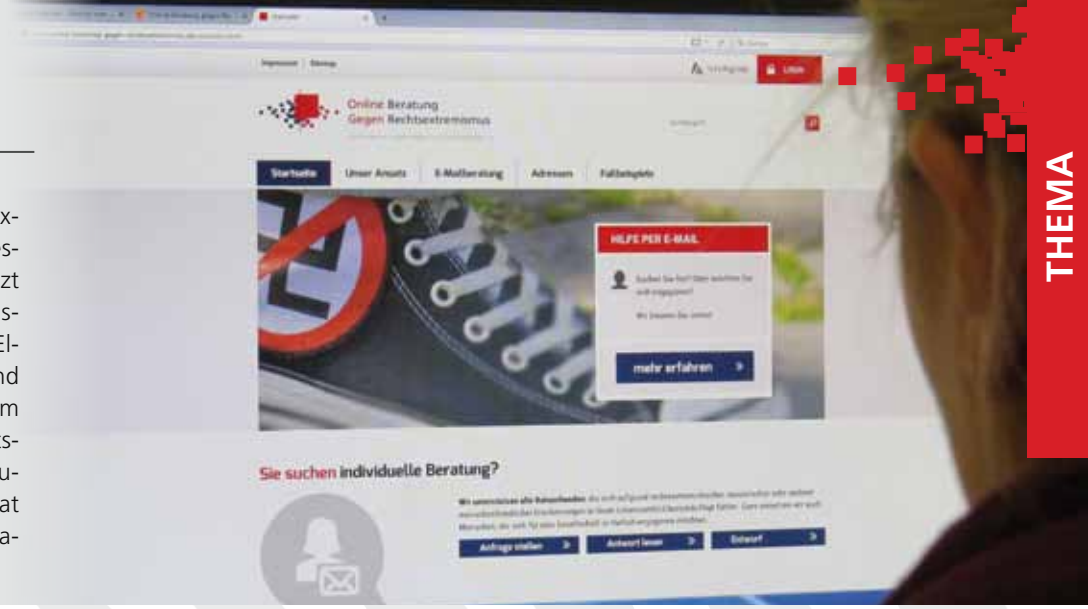


Foto: Marian Spode-Lebenheim

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. unterstützt Menschen, die von Rechtsextremismus betroffen sind. Dazu gehören Eltern rechtsextremer Jugendlicher und andere Angehörige ebenso wie zum Beispiel Lehrer, Studierende, Arbeitskollegen oder Vertreter von Kommunen und Sportvereinen. Seit 2008 hat das Team rund 1.250 E-Mail-Anfragen bearbeitet.

Michaela Glaser

Extremistisch, militant, radikalisiert?

Jugendliche und politische Gewalt: ein kritischer Blick auf aktuelle Begriffe und Konzepte

Die überwiegende Mehrheit junger Menschen, die sich in politisch-weltanschaulich geprägten Gruppen, Jugendszenen und Milieus bewegen, ist gewaltfrei und demokratisch orientiert. Einige Jugendliche und junge Erwachsene wenden sich aber Strömungen zu, die durch ihre Gewaltbereitschaft die Sicherheitsbehörden alarmieren und gesellschaftlich in unterschiedlicher Weise Besorgnis auslösen.

Seit den 1990er-Jahren sind es immer wieder gewalttätige Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, die hier Anlass zur Sorge geben. Mit dem Erstarken des Islamischen Staates und der Ausreisewelle nach Syrien und in den Irak steht gegenwärtig zudem der internationale islamistische Terrorismus im Zentrum der öffentlichen und sicherheitspolitischen Problemwahrnehmung. Vor allem anlässlich bestimmter Protestereignisse wie dem 1. Mai, Naziaufmärschen oder der Mobilisierung zu globalisierungskritischen Aktionen („Blockupy") kommt es aber auch zu Gewaltausbrüchen im Umfeld linksaktionistischer Bewegungen, die gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen. »

» Wie diese Phänomene einzuordnen sind und ob und inwiefern sie miteinander vergleichbar sind, ist allerdings nicht nur im politischen Diskurs, sondern auch in wissenschaftlichen Debatten überaus strittig. So sprechen die Sicherheitsbehörden und Teile der Politikwissenschaften hier gleichermaßen von rechtsextremer, linksextremer und islamistischer Gewalt und vom politischen bzw. weltanschaulichen Extremismus.

Vor allem die Einordnung aktueller Gewalterscheinungen in linksaktionistischen Szenen bzw. dieser Szenen selbst als „extremistisch" ist allerdings nicht nur im politischen Feld, sondern auch in wissenschaftlichen Kreisen sehr umstritten. Hinterfragt wird hier u.a., dass die von diesen Szenen bzw. ihren Mitgliedern vertretenen Ziele generell undemokratisch und verfassungsfeindlich seien. Ein weiteres Gegenargument lautet, dass sowohl im rechtsextremen als auch im islamistischen Extremismus ideologisch legitimiertes Gewalthandeln die kalkulierte Tötung von Menschen bis hin zu Terrorismus und Genozid mit einschließe. Dagegen richte sich Gewalt in aktuellen Manifestationen des „Linksextremismus" überwiegend gegen Sachen oder trete in Konfrontationen mit politischen Gegnern (zum Beispiel bei Demonstrationen) auf und habe damit gegenwärtig eine deutlich andere Qualität.

Uneinigkeit herrscht aber auch in der Frage, wie verschiedene Varianten des „Islamismus" mit Blick auf ihr Gefahrenpotenzial einzuordnen sind. Vor allem im allgemeinen Sprachgebrauch, z. T. aber auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen werden „Islamismus" und besonders die Teilströmung des „Salafismus" häufig synonym mit gewaltbefürwortenden, terroristischen Strömungen gesetzt. Der Verfassungsschutz differenziert zwar zwischen „politischen" (legalistischen) und „dschihadistischen" (im Sinne von terroristischen Strömungen), ordnet diese jedoch gleichermaßen als „extremistisch" ein, da sie in ihren Zielen gegen die Verfassung gerichtet seien.

Diese Einteilung seitens der Sicherheitsbehörden wird vor allem von Forschenden aus den Reihen der Islam- und Sozialwissenschaften problematisiert. Sie argumentieren, dass manche islamistische Gruppen zwar politische Ziele verfolgen, dabei aber reformistisch orientiert und somit durchaus verfassungskonform seien. Zudem gebe es auch Strömungen im Islamismus, die ausschließlich religiöse Ziele verfolgten und keine politischen Veränderungen anstrebten. Plädiert wird deshalb – gerade auch mit Blick auf verbreitete muslimfeindliche Tendenzen – für eine stärkere Differenzierung und genauere Verwendung von Bezeichnungen, um Stigmatisierungen gewaltfreier und demokratisch orientierter Muslime/Musliminnen nicht noch weiter Vorschub zu leisten.

Radikalisierung: Fokus auf Entwicklungsverläufe

Seit einigen Jahren werden diese Phänomene in der wissenschaftlichen sowie zunehmend auch der pädagogischen Fachdiskussion verstärkt unter dem Begriff der „Radikalisierung" diskutiert. Dabei handelt es sich um einen Begriff, der den skizzierten Einordnungsschwierigkeiten und damit verbundenen Kontroversen auf den ersten Blick zu entgehen scheint. Denn anders als bei dem Begriff „Extremismus" handelt es sich bei „Radikalisierung" nicht primär um einen kategorisierenden Begriff zur (abgrenzenden) Einordnung von bestimmten *Ausprägungen* politischen Denkens und Handelns. Der Terminus bezieht sich vielmehr auf *Prozesse*, die durch bestimmte Dynamiken gekennzeichnet sind, im Grundsatz jedoch durchaus unterschiedliche Endpunkte haben können.

Eingang in den bundesdeutschen Fachdiskurs fand der Begriff in den vergangenen Jahren vor allem im Zuge der Ausweitung der aktuellen Präventionsdebatte von Rechtsextremismus auf gewaltorientierten Islamismus. Aufgegriffen wird damit auch im deutschen Sprachraum eine Begrifflichkeit, die sich etwa seit dem Jahr 2004 in internationalen, sicherheitspolitischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit aktuellen Phänomenen des (vor allem islamistischen) Terrorismus etablierte.

In den internationalen Diskursen steht der Begriff allerdings auch für einen Paradigmenwechsel, den der Terrorismusforscher John Horgan einmal auf die Formel „from the roots to the routes" gebracht hat: Konzentrierte sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit terroristischen Phänomenen zuvor stärker auf deren gesellschaftliche und politische Ursachen („roots"), richtet sich das Forschungsinteresse seither verstärkt auf die konkreten Entwicklungswege („routes") von Personen und Gruppen, die sich dem Terrorismus zuwenden.

Unter diesem Fokus sind Forschungsarbeiten entstanden, die sich auf individuelle Entwicklungen und Wege in gewalttätige Gruppen sowie die Dynamiken innerhalb solcher Gruppen konzentrieren. Diese Perspektive betont, dass die Entwicklung gewaltorientierter politischer Positionen immer ein schrittweiser Prozess ist und Menschen nicht „über Nacht" zu Terroristen werden. Andererseits lässt sie – so lautet zumindest eine Kritik – die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge tendenziell unterbelichtet.

Stärken und Grenzen der „Radikalisierungs"-Perspektive

Für die Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit ist eine solche Analyseperspektive insofern von Nutzen, als diese Arbeit vor allem an biografischen Erfahrungen und individuellen, im sozialen Umfeld bestehenden Problemkonstellationen erfolgversprechend ansetzen kann. Ein vertieftes Verständnis gerade dieser Faktoren kann wichtige Hinweise liefern, um in diesem Arbeitsfeld zielgerichtete Angebote entwickeln zu können.

Zugleich zeigt sich gerade am Themenfeld „islamistische Radikalisierung", dass diese Perspektiven alleine nicht ausreichend sind – sowohl für ein adäquates Verständnis von Radikalisierungsprozessen als auch in der pädagogischen Auseinandersetzung mit diesen Prozessen. So liefern verschiedene Studien Hinweise, dass für die Hinwendung zu gewaltorientierten islamistischen Strömungen auch gesamtgesellschaftliche Faktoren eine maßgebliche Rolle spielen. Dazu gehören ausgrenzende Debatten und benachteiligende Strukturen in den Einwanderungsgesellschaften, dazu gehören aber auch internationale Konflikte und ihre mediale Aufbereitung, vor deren Hintergrund derartige Erfahrungen gedeutet und von ideologischen Gruppen instrumentalisiert werden.

Die große Bedeutung, die gesellschaftlichen Konfliktdynamiken für individuelle und kollektive Entwicklungen zukommt, zeigt sich aber auch anhand der Forschung zu linksmilitanten Szenen und Gewaltereignissen. Speziell zur Erklärung dieser Phänomene erscheinen Perspektiven, die das Wechselspiel zwischen gegnerischen gesellschaftlichen Gruppen in den Blick nehmen, insgesamt vielversprechender als die Fokussierung auf individuell-biografische „Risikofaktoren" für eine Hinwendung zu diesen Szenen.

Insofern ist es auch für die präventive und pädagogische Auseinandersetzung von Bedeutung, diese Faktoren mit in den Blick zu bekommen und darauf ausgerichtete, ergänzende Perspektiven zum Beispiel aus der Protest- und Bewegungsforschung in Erklärungsansätze mit einzubeziehen. Aus der Perspektive der pädagogischen Praxis ist dies schon deshalb erforderlich, um in den Augen der jugendlichen Zielgruppen glaubwürdig zu sein und sie mit entsprechenden Angeboten erreichen zu können.

Problematische Nähe zum Terrorismus-Diskurs

Die Hauptschwierigkeit, die das Konzept „Radikalisierung" ebenso wie das Konzept des „politischen Extremismus" aus jugendpolitischer und jugendpädagogischer Perspektive mit sich bringt, ergibt sich aus seiner gegenwärtig engen Verknüpfung mit wissenschaftlichen und sicherheitspolitischen Fachdiskursen der Terrorismusbekämpfung. So fasste der renommierte Terrorismusforscher Peter Neumann das gängige Verständnis von „Radikalisierung" einmal mit den Worten zusammen: „Radicalization is what goes on before the bomb goes off."
Diese Verknüpfung birgt auch eine Etikettierungsgefahr („ihr seid potenziell terroristisch"), die für die Arbeit mit jungen Menschen zu diesen Themen wenig hilfreich ist – und sich im ungünstigsten Fall auch kontraproduktiv auswirken kann. Sie kann bei jungen Muslimen genau jene Diskriminierungswahrnehmungen befördern, die von der Forschung als ein Faktor für die Attraktivität gewaltorientierter islamistischer Gruppen benannt werden. Auch könnten dadurch deterministische und alarmistische Sichtweisen weiter befördert werden, wie sie in öffentlichen Debatten um politische Gewalt im Jugendalter bereits vielfach präsent sind.

Perspektiven der Jugendforschung

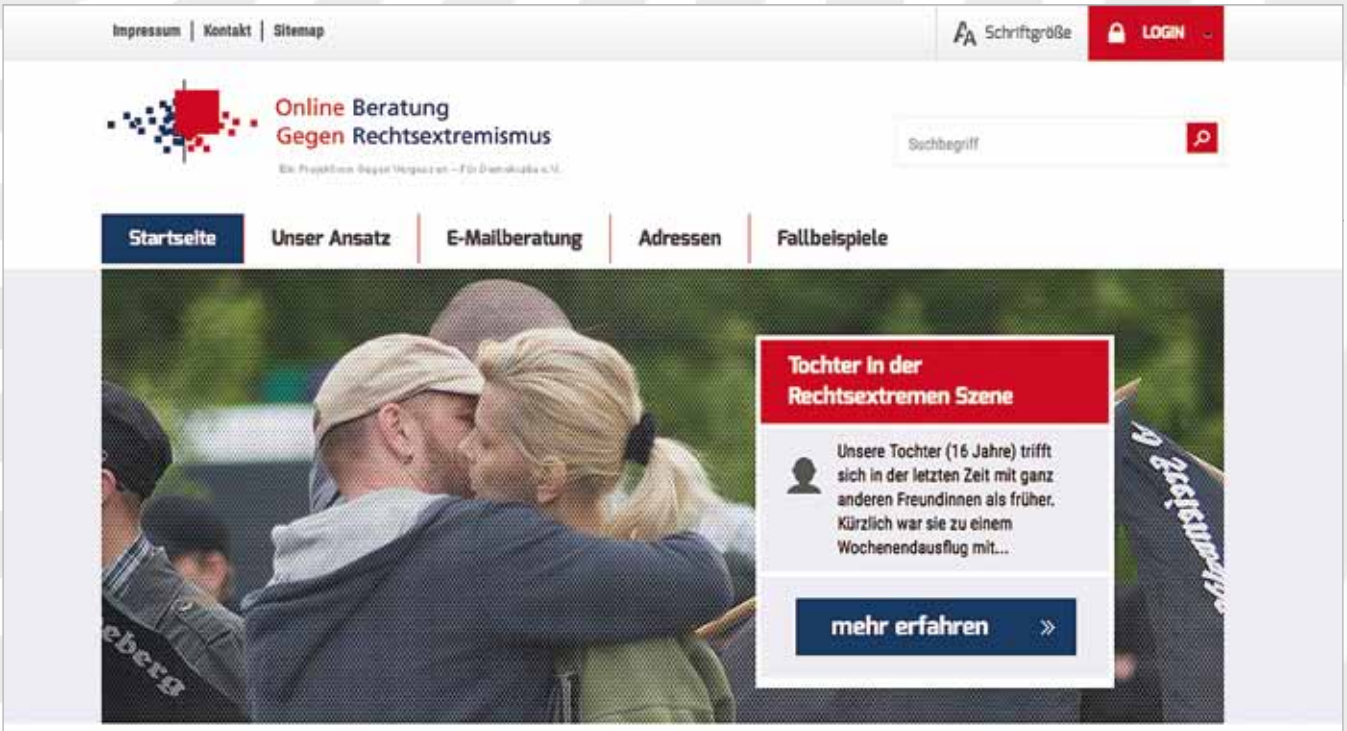
Diesen Sichtweisen gilt es in der Arbeit mit jungen Menschen auch mit Befunden und Erklärungsmodellen der Jugendforschung zu begegnen. Denn diese machen zum einen deutlich, dass in diesen Phänomenen vielfach Aspekte wie Abgrenzung von der Elterngeneration, verstärkte Sinn- und Identitätssuche oder auch Suche nach Abenteuer und Grenzerfahrungen eine Rolle spielen, die für die Jugendphase generell kennzeichnend sind. Damit können sie zu einem besseren Verständnis dieser Prozesse wie auch zu einer versachlichenden Einordnung ihres gesellschaftlichen „Gefahrenpotenzials" beitragen.
Zum anderen verweisen diese Perspektiven auf ein weiteres Spezifikum der Jugendphase, das in ihrer Offenheit besteht: Gruppenzugehörigkeiten sind in dieser Phase noch deutlich weniger stabil als in späteren Jahren und auch Wertorientierungen und politische Überzeugungen sind noch nicht endgültig festgelegt. Nicht zuletzt auf diese Einsicht stützt sich die Annahme oder auch die Hoffnung, den Gefährdungen durch gewaltorientierte, politisch extreme Strömungen, mit denen sich junge Menschen konfrontiert sehen, mit pädagogischen Bildungs- und Hilfsangeboten entgegenwirken zu können.

Dabei gilt es in der pädagogischen Praxis eine schwierige Balance zu bewältigen: Der pädagogische Blick muss einerseits aufmerksam bleiben gegenüber beginnenden Weichenstellungen in Richtung einer Ausbildung bzw. Verfestigung von gewaltorientierten Einstellungs- und Handlungsmustern; andererseits muss er sensibel dafür sein, Stigmatisierungen junger Menschen (und damit verbundene Weichenstellungen) durch vorschnelle Einordnungen und Urteile zu vermeiden. ■

Michaela Glaser ist kommissarische Leiterin der Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung" und Projektleiterin der „Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention" des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Dieser Artikel ist die gekürzte Fassung eines Beitrages in: DJI Impulse. Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts 1/2015, S. 4–7. Wir danken der Autorin sowie der gesamten Redaktion von DJI Impulse für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

Anzeige

Besuchen Sie das neu gestaltete Beratungsportal: www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de



Ausgrenzung beschleunigt Radikalisierungsprozesse

Erfahrungen aus dem Projekt „Ibrahim trifft Abraham“

Im Modellprojekt „Ibrahim trifft Abraham“ haben Jugendliche unterschiedlicher Herkunft Bildungsangebote für andere Jugendliche entwickelt. Ziel war es, interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln und gegen extremistische Propaganda zu immunisieren. Projektleiter Samy Charchira gibt im Interview Auskünfte über seine Erfahrungen aus dem 2013 abgeschlossenen Projekt.

Was war die Idee hinter dem Projekt „Ibrahim trifft Abraham“?

Die Idee entsprang einer zentralen Beobachtung: Zum einen stellt das Zusammenleben in einer wertepluralen Gesellschaft wie der unseren, junge Menschen vor viele Herausforderungen. Insbesondere junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind mit einer Reihe von auseinanderstrebenden Lebensentwürfen und unterschiedlichen Wertesystemen und Weltanschauungen konfrontiert, aus denen Fragen und Haltungen zur eigenen Identität und gesellschaftlichen Verortung entstehen, die beantwortet werden müssen. Zum anderen zeigen Beobachtungen zu den Wirkungsräumen von Jugendlichen, dass sich diese für Eindeutigkeitsangebote extremistischer Gruppierungen sehr anfällig zeigen. Vor allem Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern sind hier besonders gefährdet und durchblicken nicht immer die subtilen Werbeversuche und die Propaganda extremistischer Gruppierungen aller Couleurs. Diesen Jugendlichen dabei zu helfen, sich adäquat mit Eindeutigkeitsangeboten auseinanderzusetzen, ihre Dialogkompetenz zu stärken und die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, waren einige der wichtigen Ideen und Zielsetzungen hinter dem Projekt „Ibrahim trifft Abraham“.

Wen wollten Sie damit erreichen und warum?

Für unser Projekt haben wir eine klare Zielgruppe definiert, die bestimmte Merkmale aufweist. Hauptsächlich richtet sich unser Projekt an Jungen im Alter von zwölf bis 16 Jahren. Im ersten Jahr bildeten sich die teilnehmenden Gruppen aus bestimmten Einzugsräumen in einigen Stadtteilen Düsseldorfs. Im zweiten Jahr wurde die Teilnahme auf das ganze Gebiet der Stadt Düsseldorf ausgeweitet und im dritten Jahr sogar landesweit auf ganz Nordrhein-Westfalen.

Foto: © Die AGB e. V.

Das Team um Samy Charchira (2.v.l.) mit Jugendlichen aus dem Projekt „Ibrahim trifft Abraham“.

Zwar hatten wir Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern im besonderen Fokus des Projekts, doch war es uns wichtig, Jugendliche nicht übermäßig zu „markieren“. Wir wollten die Projektteilnahme nicht auf bestimmte Merkmale wie Religion oder Migrationshintergrund reduzieren. Um die Projektziele zu erreichen, war es von großer Bedeutung, dass sich die Gruppen der teilnehmenden Jugendlichen aus den unterschiedlichsten Herkünften, Religionen und Milieus bilden.

Sehen Sie persönlich einen Zusammenhang zwischen Diskriminierungserfahrungen und etwaigen Radikalisierungsprozessen?

Die Radikalisierung von Jugendlichen setzt eine gewisse Verkettung unterschiedlicher Faktoren persönlicher, familiärer und gesellschaftlicher Art voraus, um greifen zu können. Diskriminierungserfahrungen, Perspektivlosigkeit und Muslimfeindlichkeit sind einige der wichtigsten „gesellschaftlichen Beschleuniger“ von Radikalisierungsversuchen extremistischer Gruppierungen. Etliche Studien belegen, dass die Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen wie Arbeit, Wohnung und Freizeit gerade unter migrantischen und muslimischen Jugendlichen massiv beschnitten wird. Migranten und Muslime werden noch in der dritten und vierten Generation in Deutschland aufgrund ihres Namens, Aussehens, sozialen Zugehörigkeit und anderen persönlichen Faktoren benachteiligt und ausgegrenzt. Das macht es extremistischen Gruppierungen leichter, separierende Narrative zu setzen und die gesellschaftliche Abkapselung der Jugendlichen als Einstieg in eine fatale soziale Aufteilung von „Wir“ und „die Anderen“ zu unterstützen.

Die Marginalisierung junger Menschen unterstützt Räume am Rande der Gesellschaft, in denen Radikalisierungsversuche ungestört stattfinden und die Jugendlichen vor dem Einfluss von radikalisierenden Gruppen nicht geschützt werden können.

Wie muss man sich die konkrete Projektarbeit vorstellen? Welche Aktivitäten haben Sie mit den Jungs unternommen?

Jugendliche sollten im Rahmen des Projekts interkulturelle und interreligiöse Dialogkompetenzen erwerben. Sie erlebten durch das Projekt Gemeinschaft und Gemeinsamkeit in der Vielfalt. Hierbei ging es auch um die Auseinandersetzung mit Eindeutigkeitsangeboten, die zum Beispiel islamistische Ideologien aufweisen. Die Jugendlichen haben gelernt, diese zu identifizieren, zu hinterfragen und letztlich als leere Phrasen zu entlarven. Des Weiteren wurde den Jugendlichen aufgezeigt, welche Möglichkeiten sie haben, an der Gesellschaft adäquat teilzuhaben. Von Bedeutung war dabei das Erkennen und das positive Erleben von Pluralismus und demokratischen Verfahrensweisen.

Foto: © Die AGB e. V.

Interreligiöse Dialogkompetenz beim gemeinsamen Kochen erlernen: Jugendliche im Projekt „Ibrahim trifft Abraham".

Das dreijährige Modellprojekt war als ein attraktiver „Jugendwettbewerb" mit hohen Sachpreisen konzipiert. Hier wurden neue Formate der auf Partizipation basierten interkulturellen Bildungs- und Dialogarbeit erprobt und miteinander verschränkt. Jungen aus bildungsfernen Milieus haben attraktive Bildungsangebote für Jugendliche der gleichen Altersgruppe in professionell moderierten Gruppen entworfen und durchgeführt. Im Zentrum der Konzeption standen drei Veranstaltungswochen, die im Jahresrhythmus an repräsentativen Orten durchgeführt wurden. Die Veranstaltungskonzeptionen wurden in moderierten Dialoggruppen zu »

Teilnehmer des Projekts „Ibrahim trifft Abraham" freuen sich über ihren Gewinn.

Foto: © Die AGB e. V.

Foto: © Die AGB e. V.

Bildungs- und Begegnungsarbeit in der Moschee im Projekt „Ibrahim trifft Abraham".

» einem vorgegebenen Motto von den Teilnehmern in einem Zeitraum von jeweils drei Monaten erstellt. Dabei wurden zum Beispiel Konzerte, Flashmobs, Exkursionen, sportliche Aktivitäten und Turniere in die Planung einbezogen. Gearbeitet wurde nachmittags und an Wochenenden. Jedes Jahr wurde das beste Konzept von einer Jury, die aus Kooperationspartnern und Experten bestand, ausgewählt. Die Dialoggruppen, die diesen Wettbewerb gewonnen haben, wurden an der Umsetzung des Veranstaltungskonzepts weitgehend beteiligt.

Was haben Sie persönlich von diesem Projekt mitgenommen?

Sich auf Jugendliche einzulassen bedeutet auch von Jugendlichen zu lernen. Die Lebenswelten der heutigen Jugendlichen sind in einem erheblichen Maße einem ständigen Wandlungsprozess unterzogen, die sowohl in realen als auch in virtuellen Räumen verlaufen und von einer erhöhten Medienkompetenz der Jugendlichen gestaltet und organisiert werden. Die professionelle Jugendhilfe ist aufgefordert, ihre Handlungskompetenzen den Lebenswirklichkeiten der Jugendlichen von heute anzupassen, um so ihre Zugänge zu ihnen aufrechtzuerhalten. Auch gestaltet sich die Begegnung mit Jugendlichen erfolgreich, wenn sie auf Augenhöhe erfolgt. Mit dem partizipativen Charakter des Projektes (Jugendliche entwerfen Konzepte für gleichaltrige Jugendliche) haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht, die wir allen Akteuren der Jugendhilfe sehr empfehlen.

Stehen Sie weiterhin mit Teilnehmern des Projekts in Kontakt? Wenn ja, wie beurteilen diese das Projekt rückblickend?

Mit einigen Schülerinnen und Schülern aus dem Projekt besteht noch bis heute Kontakt. Einige Schüler besuchen weiterhin unsere Einrichtung, mal um „Guten Tag" zu sagen oder aber auch, weil sie Unterstützung und Beratung beispielsweise bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz suchen.

Rückblickend war das Projekt „Ibrahim trifft Abraham" nicht nur sehr erfolgreich, sondern auch ein Projekt, in dem nicht nur die Jugendlichen viel gelernt und ihre Fähigkeiten ausgebaut haben. Auch die Erwachsenen im Projekt konnten Lebensrhythmen von Jugendlichen hautnah miterleben. Sie können diese nun viel besser verstehen und eine Kluft zwischen ihnen und den Jugendlichen deutlich reduzieren. Der partizipative Charakter des Projektes bleibt weiterhin entscheidend für den Erfolg.

Angenommen, es gäbe eine Neuauflage von „Ibrahim trifft Abraham". Was würden Sie diesmal anders machen?

Ich würde die Beteiligung der Jugendlichen noch stärker in den Vordergrund stellen und zwar durch den Einsatz von Jugendlichen als Multiplikatoren (z. B. auf Honorarbasis). Auch würde ich das Projekt unbedingt in die Regelfinanzierung überführen wollen, da wo es hingehört und wo es sich dauerhaft und nachhaltig entfalten kann. ■

Das Interview führte Ramzi Ghandour.

Samy Charchira ist Diplom-Sozialpädagoge und unter anderem Sachverständiger in der Deutschen Islamkonferenz zum Thema „Islamische Wohlfahrtspflege" sowie Gründungsmitglied des „Zukunftsforum Islam" der Bundeszentrale für politische Bildung.

Muslimische Jugendcommunity Osnabrücker Land:

Best practice mit Politik, Engagement, Verständigung und Spaß

Im Zusammenhang mit salafistischer Propaganda wird häufig gefordert, muslimische Verbände und Vereine sollten selbst Strategien entwickeln, um der Radikalisierung von Jugendlichen entgegenzuwirken. In Osnabrück kann man sehen, wie das funktionieren kann. Dort gibt es schon seit drei Jahren den Verein Mujos e. V. Der Name steht für „Muslimische Jugendcommunity Osnabrücker Land" und hat sich auf die Fahnen geschrieben, politische Bildung, Engagement gegen Rassismus und interreligiösen Austausch mit attraktiven Freizeitangeboten für die Teilnehmer zu verknüpfen.

Die Vorsitzende Du'A Zeitun organisiert den Kontakt der Mitglieder über eine WhatsApp-Gruppe. Die Mitglieder haben schon einige beeindruckende Projekte auf die Beine gestellt. Gemeinsame Veranstaltungen mit der Jüdischen Gemeinde Osnabrück und Fahrten etwa in den Hannoveraner Landtag stehen neben reinen Freizeitangeboten wie Erlebniscamps oder Fahrten in den Freizeitpark. Ein Konzept, das Jugendliche verbindet.

Im Rahmen der Antirassismuswoche haben zum Beispiel Jugendliche von Mujos und junge Mitglieder der Jüdischen Gemeinde von Osnabrück gemeinsam einen Workshop veranstaltet. Dabei ging es um Erfahrungen mit Diskriminierung, aber auch darum, etwas über die jeweils andere Religion zu lernen. Die Vereinsvorsitzende Du'A Zeitun sagt: „Wir haben das Treffen extra in Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizeistation organisiert. Da ist für die Jugendlichen nicht nur der Austausch interessant, sondern auch, mal in einem Polizeiwagen zu sitzen und sich die Haftzellen ansehen zu dürfen."

Die Mädchen und Jungen fanden schnell gemeinsame Themen. Da sie aus derselben Stadt kamen, konnten sie sich über gemeinsame Bekannte oder die Schulen in Osnabrück unterhalten. Auch die Essensregeln im Islam und im Judentum boten viel Anlass zur Diskussion. Es dauerte nicht lange, bis anfängliche Berührungsängste verschwanden und die Jungen und Mädchen offen über ihre eigenen Erfahrungen und Wünsche im Zusammenhang mit Diskriminierung und Rassismus sprachen. »

Gemeinsamer Workshop bei der Polizei: Mitglieder der muslimischen Jugendcommunity Osnabrücker Land und der Jüdischen Gemeinde Osnabrück.

Foto: Liane Czeremin

» Eine muslimische Teilnehmerin hatte zuvor gezögert, ob sie gemeinsam mit Juden eine Veranstaltung besuchen solle. Du'A Zeitun sagt: „Allein dafür, dass das Mädchen doch gekommen ist, hat sich die Veranstaltung schon gelohnt."

Zeitun ist Tochter eines Imams und als inoffizielle ehrenamtliche Sozialarbeiterin der Gemeinde von vielen Jugendlichen vor Ort akzeptiert und geschätzt. Den Verein hat sie explizit als unabhängig von allen muslimischen Gemeinden oder Dachverbänden mitgegründet – er wird auch von den Gemeinden vor Ort akzeptiert. Sie beschäftigt sich stark mit Ausgrenzungserfahrungen der Jugendlichen und ist auf der anderen Seite über ihre ehrenamtliche Arbeit zu einer anerkannten und gefragten Expertin in der Prävention von islamisch begründetem Extremismus geworden. Die überregionale Presse hat schon über sie berichtet, als Referentin wird sie zu dem Thema gern gebucht.

Als der salafistische Demagoge Pierre Vogel in der Nähe einen Auftritt hatte, fuhr Zeitun mit einigen „ihrer" Jugendlichen dorthin, diskutierte während und nach der Veranstaltung lange mit den Jugendlichen über den Auftritt und widerlegte Vogels Ansätze.

Im April neu gestartet ist die „Licht-Paten"-Aktion zugunsten von Flüchtlingskindern in Osnabrück. Dabei wurde ein altes Projekt der Osnabrücker Universität neu aufgelegt. Studentinnen und Studenten übernehmen die Patenschaft für ein Kind, unternehmen einmal pro Woche etwas mit ihm und helfen bei alltäglichen Schwierigkeiten. Viele der studentischen Teilnehmer sprechen arabisch und können so einen wichtigen Beitrag dafür leisten, dass die Flüchtlingsfamilien zurechtkommen.

Die Projekte laufen alle über Ehrenamt, regelmäßige öffentliche Förderung gibt es keine. Dadurch kommen die Vorhaben auch an ihre Grenzen. Doch die Erfolge von Mujos wirken umso beeindruckender. ■

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa

Wie geht es den Nachbarn – ein Blick über den Tellerrand

In allen europäischen Gesellschaften sind feindselige Einstellungen gegenüber bestimmten Gruppen verankert. In vielen Staaten gewinnen derzeit auch rechtspopulistische Bewegungen an Zulauf. Alle müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, wie ein Europa in Vielfalt gestaltet und gesichert werden kann. Doch der Umgang mit abwertenden Einstellungen in der Bevölkerung, mit Rassismus, Rechtspopulismus und -extremismus, ist oft unterschiedlich. Genauso wie das gesellschaftliche Klima und der allgemeine Grad der Akzeptanz der sogenannten „anderen". Dementsprechend variieren die jeweiligen Bedingungen, unter denen sich nicht staatliche Organisationen für eine Gesellschaft in Vielfalt einsetzen.

In einer Serie richtet Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. den Blick über den deutschen Tellerrand und veröffentlicht in loser Folge Berichte aus verschiedenen europäischen Ländern – in dieser Ausgabe informiert die Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marsovszky über Antiziganismus in Ungarn. ■

Die rechtsradikale ungarische Partei Jobbik vertritt offen eine Blut- und Bodenpolitik.

Foto: Leigh Phillips/flickr

Magdalena Marsovszky

Antiziganismus in Ungarn

Der Antiziganismus in Ungarn erreicht derzeit kollektive Ausmaße. Fast 80 Prozent der Bevölkerung sind antiziganistisch eingestellt. Antiziganistische Volksverhetzungen und immer heftiger werdende Ausgrenzungen treffen vor allem die Minderheit der Romnja und Roma, aber die Ressentiments gegen Arme und Obdachlose zeigen die gleichen Strukturmerkmale. Wenn aktuell der Flüchtlingsstrom in Ungarn als „Plage" oder „Belagerung" bezeichnet wird, dann haben wir es mit ähnlichen Hassstrukturen zu tun. Ein kurzer historischer Abriss soll die Entwicklung dahin skizzieren.

Geschichte des Antiziganismus in Ungarn

Das Phänomen Antiziganismus reicht im Vielvölkerstaat Ungarn mindestens bis ins 15. Jahrhundert zurück, wobei die als „Zigeuner" titulierten Menschen damals vor allem als „keine richtigen Christen" oder aber als „Türkenspione" verunglimpft, zur Strafe für vogelfrei erklärt und fortan ohne weiteren Grund getötet werden konnten. Nach der Durchsetzung der Aufklärung sollten die „Zigeuner" im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft erzogen und assimiliert werden. Unter Maria Theresia und Joseph II. wurden „Zigeunerkinder" ihren Eltern weggenommen, Zwangsumsiedlungen waren an der Tagesordnung. Im 19. Jahrhundert wurde mit biologischen und sozialhygienischen Begriffen zur Bekämpfung der „Zigeunerplage" und der „Asozialen" aufgerufen. Ihren Höhepunkt erreichte die jahrhundertelange Verfolgung von „Zigeunern" im Holocaust. Die Forschung geht derzeit davon aus, dass circa 5.000 Romnja und Roma in der Endphase des Kriegs in Ungarn umgebracht wurden.

Im realsozialistischen Ungarn wurden nur wenige Überlebende entschädigt. Es galt Vollbeschäftigung und Schulpflicht, was zunächst auch den Romnja und Roma zugutekam. Doch unter Integration wurde Zwangsassimilation ohne Rücksicht auf kulturelle Unterschiede verstanden. Man wollte, dass „die Zigeuner im Magyarentum aufgehen". Traditionelle Berufe wurden verboten und Romnja und Roma als ungelernte Kräfte in realsozialistische Industrieanlagen gezwungen, wo sie extrem schwere körperliche Arbeiten für weniger Lohn als die Mehrheitsbevölkerung verrichten mussten. Ihnen wurden Sozialwohnungen von minderer Qualität zugewiesen. Bis 1985 gehörten Zwangsumsiedlungen sowie „zivilisatorische Erziehungsmaßnahmen" mit „Zwangswaschungen", menschenunwürdigen Leibesvisitationen, Desinfektions- und Entlausungsaktionen in Roma-Siedlungen zum Alltag. Mitte der 1970er-Jahre waren circa 75 Prozent der Bevölkerung Ungarns antiziganistisch eingestellt.

Ende der 1980er Jahre wurde von Roma-Intellektuellen die emanzipatorische Bürgerrechtsbewegung und 1991 das Roma-Parlament gegründet, das sich in den folgenden Jahrzehnten zum wichtigsten soziokulturellen Zentrum entwickelte. Doch die mit ihr verknüpften Hoffnungen wurden auch nach der Wende 1990 nicht erfüllt. Obwohl das neue Minderheitengesetz die Anerkennung des Minderheitenstatus von Romnja und Roma deklarierte, wurde es stattdessen zum Schutz der Rechte der magyarischen Minderheiten in den benachbarten Ländern eingesetzt. Die Minderheitenpolitik Ungarns wurde nach der Wende zur Volkstumspolitik im Interesse der Magyaren. »

Foto: fr-online.de

» Gleichzeitig brachen die ehemaligen unrentablen, realsozialistischen, industriellen Großanlagen zusammen, und die dort früher zwangsweise angesiedelten Romnja und Roma wurden massenweise arbeitslos: Innerhalb von fünf Jahren nach der Wende verloren um die 80 Prozent ihren Arbeitsplatz.

Weitere Versuche von Integrationsstrategien oder die ins Leben gerufenen Roma-Selbstverwaltungen konnten die Situation nicht verbessern, da sie zum Spielball zwischen den völkischen und nicht völkischen politischen Kräften wurden. Mit der Radikalisierung der Gesellschaft und der Zunahme von antiziganistischen Angriffen begann 1997 der „Roma-Exodus", der seitdem nicht abreißt. 2007 wurde die Ungarische Garde, die paramilitärische Organisation von Jobbik, gegründet, die trotz ihres Verbotes 2009 regelmäßig gegen die vermeintliche „Zigeunerkriminalität" aufmarschiert. 2008 und 2009 wurden neun Romnja und Roma ermordet, die Mörder wurden erst 2013 verurteilt. Die Aufklärung der Fälle war deshalb besonders schwer, weil der ärztliche Notdienst oder Polizist(inn)en die Spuren verwischt hatten. Prozessbeobachter(innen) attestierten den Behörden ein inkonsequentes und rassistisch gefärbtes Vorgehen bei den Ermittlungen – ähnlich wie im Fall des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) in Deutschland.

Seit Inkrafttreten der neuen Verfassung am 1. Januar 2012 unter der Orbán-Regierung versteht sich Ungarn nicht mehr in erster Linie als Republik, sondern als (völkisch definierte) Nation. Nach der Präambel des Grundgesetzes ist nun nicht mehr die Würde des Menschen schützenswert, sondern die Würde der Nation. Das völkisch-nationalistische Denken ist Ungarn nicht neu, es war bereits – in der Tradition der Vorkriegszeit – im real existierenden Sozialismus zu beobachten gewesen, nahm jedoch nach der Wende deutlich zu. 2010 kulminierte diese Entwicklung in den Wahlsiegen des Fidesz und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) einerseits und der rechtsradikalen Partei Jobbik andererseits. Die Wahlergebnisse wurden 2014 noch einmal bestätigt.

Sowohl die Jobbik-Partei als auch die Orbán-Regierung vertreten eine in sich kohärente Blut-und-Boden-Ideologie, in der das „Magyarentum" als kulturelle und blutmäßige Abstammungsgemeinschaft aufgefasst wird. Eine tief in der Gesellschaft verankerte Angst vor der vermeintlichen Gefahr einer Kultur- und Blutsvermischung führt zu einer immer heftigeren Ausgrenzung von Menschen, die vermeintlich anders sind.

Foto: Pietro Naj-Oleari/Europäisches Parlament/flickr

Der ungarische Staatschef Viktor Orban 2012 im EU-Parlament. Seine Regierung hat die Minderheitenrechte in Ungarn eingeschränkt.

Antiziganismus heute

Keine der seit der Wende regierenden Parteien konnte den Antiziganismus ernsthaft zurückdrängen. Völkische Medien verbreiten antiziganistische Hasstiraden und der Rassismus wird pseudowissenschaftlich untermauert. In einem Universitätslehrbuch steht beispielsweise, viele Romnja und Roma seien geistig behindert, weil sie untereinander heiraten und miteinander sexuell verkehren dürften. Ein gegenwärtiger Verfassungsrichter visioniert den „demographischen Zusammenbruch" durch die übermäßige „Vermehrung der Roma" und sieht als Lösung ein grenzübergreifendes „Romanistan" – nach dem Muster von Israel – vor.

Ein paternalistisch-rassistischer Blick erscheint auch in der 2011 von der Orbán-Regierung verabschiedeten Roma-Strategie (wörtlich: „Nationale gesellschaftliche Aufholstrategie"), in der die Frage, wer Romnja oder Roma ist, nicht nach Eigenaussagen, sondern nach Zuschreibungen von außen festgestellt wird. In dem Dokument werden die Radikalisierung der Gesellschaft sowie das Erscheinen der paramilitärischen Organisationen als eine Folge der „Straftaten mit einem ethnischen Hintergrund" dargestellt. In der Jobbik-Rhetorik heißt dies schlicht „Zigeunerkriminalität".

Gegen diese eindeutige Tendenz der Täter-Opfer-Umkehr von Staats wegen bleibt jede Bürgerrechtsbewegung machtlos. Hinzu kommt, dass die Menschenrechte und die Minderheitenrechte eingeschränkt wurden. Das Amt des Ombudsmanns für Minderheiten wurde aufgelöst und der Beauftragte für Nationalitäten kann nur noch als eines von drei Mitgliedern in einem Gremium die Arbeit des Beauftragten für Grundrechte unterstützen. Während die Neue Ungarische Garde weiter marschieren und die Roma-Bevölkerung terrorisieren darf, richten sich immer mehr Maßnahmen gegen Romnja und Roma selbst. Die Auszahlung von Sozialhilfe ist seit 2012 an das Verrichten von gemeinnütziger Arbeit und an Ordnungskontrollen in Wohnungen geknüpft. Das Pflichtschulalter wurde auf 16 Jahre herabgesetzt, Roma-Kinder werden von Staats wegen segregiert („liebevolle Segregation"); junge Frauen unter 18 Jahren haben keinen Anspruch auf Erstgeburtshilfe. In Roma-Ghettos mit Häusern ohne Wasseranschluss werden öffentliche Brunnen gesperrt, um den „übermäßigen Wasserverbrauch" einzudämmen. Hunderttausende Romnja und Roma leben in zum Teil erbärmlichen Verhältnissen und in andauernder Ausgrenzung. Die Zahl der unterernährten Babys – vor allem in Roma-

Familien – ist so hoch wie in den am meisten unterentwickelten Ländern in Afrika.

Die von der EU finanzierten Projekte zur vermeintlich demokratischen gesellschaftlichen Integration verwandeln sich in Ungarn in eine völkische „Zigeunerpolitik". Für demokratische Bürgerrechtsarbeit bleibt kein Cent, die Fördergelder für zivile Projekte kommen bei den Betroffenen nicht an.

Antiziganistische Hetze wird nicht nur nicht eingedämmt, sondern sogar gefördert: Der 2011 mit dem Madách-Preis ausgezeichnete Journalist Zsolt Bayer schrieb im Fidesz-nahen Rechtsaußenblatt Magyar Hírlap: „Ein bedeutender Teil der Zigeuner ist nicht geeignet, unter Menschen zu leben. Sie sind Tiere. Diese Tiere sollen nicht sein dürfen. In keiner Weise. Das muss gelöst werden – sofort und egal wie." Die Hetze schlägt sich bei der rechtsradikalen Partei Jobbik in der Meinung nieder, dass die „Zigeunerkriminalität" „die biologische Waffe der Zionisten" sei. Antiziganismus und Antisemitismus sind in Ungarn nicht voneinander zu trennen.

In dieser allgemeinen Stimmung ist es nicht verwunderlich, dass auch der Biologismus an Boden gewinnt. So sagte Imre Kerényi, der Beauftragte für kulturelle Angelegenheiten, im Oktober 2014 bei einem Gespräch mit Studierenden der ELTE Universität in Budapest: „Die Stärkung durch Wachstum der Volksgemeinschaft ist wichtiger als die Freiheitsrechte des Einzelnen."

Foto: Gemes Sandor/wikicommons

Ungarn im Sommer 2015: Flüchtlinge zu Fuß auf dem Weg zur österreichischen Grenze. Von vielen dort werden die Hilfesuchenden als „Plage" gesehen.

Ungarn scheint mit seinem Demokratiedefizit allein dazustehen. Der Antiziganismus ist eines der virulentesten Ressentiments, während ein kritisches Bewusstsein dafür in der Gesellschaft kaum existiert. Der Siegeszug der Völkischen hängt aber auch mit der Schwäche der demokratischen Opposition zusammen, deren Arbeit sich vor allem dem Antikapitalismus (verstanden als imperiales Kolonisierungsinstrument der Mächtigen) verschrieben hat. Der Regierung wird die Sehnsucht nach Profitmaximierung vorgeworfen, ihr aber jegliche wie auch immer geartete Ideologie abgesprochen. ■

Magdalena Marsovszky ist deutsch-ungarische Kulturwissenschaftlerin, Lehrbeauftragte der Hochschule Fulda und engagiert sich in Ungarn für die Rechte der Roma-Minderheit. Ihre letzte Publikation ist: Verfolger und Verfolgte. Antiziganismus in Ungarn, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2015.

Anzeige

Besuchen Sie das neu gestaltete Internetformular, um bequem auch online Mitglied zu werden.

Foto: Frank Nürnberger

Das Rosenburg-Projekt

Im Nürnberger Juristenprozess 1947 ist das Versagen der deutschen Justiz in der Nazi-Zeit – an ihrer Spitze das Reichsjustizministerium – als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden. Dies geriet jedoch bei der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland ab 1949 schnell in Vergessenheit. Juristen, die durch ihre Tätigkeit während des NS-Regimes schwer belastet waren, kehrten rasch wieder an ihre Schreibtische zurück. Auch das Bundesjustizministerium war zunächst mit Juristen durchsetzt, die sich bereits im Reichsjustizministerium oder an anderer Stelle als willfährige Handlanger in die Dienste des Nazi-Regimes gestellt hatten. Während Verschweigen und Vergessen zur Konvention wurden, ließ die Verfolgung der Täter, die Rehabilitation der Opfer und die demokratische Erneuerung der Justiz auf sich warten.

Über das Versagen der Nachkriegsjustiz besteht heute Einigkeit. Trotzdem wissen wir nur wenig darüber, wie Ministerien und Behörden in den 1950er- und 1960er-Jahren mit der NS-Vergangenheit umgegangen sind. Um das zu ändern, gibt es die Unabhängige Wissenschaftliche Kommission beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Sie steht unter der Leitung der Professoren Manfred Görtemaker und Christoph Safferling und untersucht die personellen und sachlichen Kontinuitäten im Ministerium zwischen der NS-Zeit und den Anfangsjahren der Bundesrepublik. Sie befasst sich mit der NS-Belastung der Juristen und deren Wirken auf der „Rosenburg" – dem ersten Dienstsitz des damaligen Bundesjustizministeriums in Bonn.

Mir ist wichtig, dass das Rosenburg-Projekt des Bundesjustizministeriums als eine Maßnahme zur Aufklärung über die Demokratie und die Menschenrechte verstanden wird. Deshalb lege ich Wert auf Transparenz und eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit. Über die Erkenntnisse der Forschungen wollen wir einen kritischen Diskurs in der Öffentlichkeit führen. Das Rosenburg-Projekt geht auf diese Weise einen eigenen Weg der Public History. Eine besondere Zielgruppe sind in diesem Zusammenhang die Verfolgten des NS-Regimes und ihre Nachfahren. Dass dieser Weg erfolgreich beschritten wird, zeigen mir die große Aufmerksamkeit sowie zahlreiche Kontakte und Unterstützungsangebote vieler Persönlichkeiten und Institutionen – auch vom Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., wofür ich außerordentlich dankbar bin.

Die Forschungsarbeiten der Unabhängigen Wissenschaftlichen Kommission sollen bis Ende 2015 abgeschlossen werden, der Schlussbericht wird dann Mitte 2016 vorliegen. Die Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht und seiner mangelhaften Aufarbeitung in der Nachkriegszeit muss aber weitergehen. Das halte ich für außerordentlich wichtig. Dabei geht es nicht um ein bloß rechtshistorisches Interesse. Es geht letztlich darum, welche Konsequenzen der Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus und seine mangelnde Aufarbeitung in der Nachkriegszeit heute für die Aus- und Fortbildung und allgemein für das Ethos von Juristinnen und Juristen haben. In diesem Jahr habe ich erstmals den Fritz-Bauer-Studienpreis für Menschenrechte und juristische Zeitgeschichte verliehen. Mit dem Preis motivieren wir Nachwuchsjuristinnen und -juristen, sich mit dem Unrecht der Vergangenheit und dem Schutz der Menschenrechte heute zu befassen.

Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ist nicht nur eine moralische Verpflichtung. Das Wissen um das Versagen der Justiz in der Vergangenheit ist auch eine Voraussetzung dafür, dass Justiz und Rechtsstaat in Zukunft starke Garanten von Freiheit und Bürgerrechten bleiben.

Heiko Maas
Bundesminister der Justiz
und für Verbraucherschutz

Die Mitglieder der Regionalen Arbeitsgruppe Berlin von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. hatten am 12. Mai 2015 bei einem Besuch im Justizministerium die Möglichkeit, mit Mitarbeitern des Ministeriums über das Rosenburg-Projekt zu diskutieren.

Manfred Görtemaker und Christoph Safferling

Hoher „Belastungsgrad“

Die Unabhängige Wissenschaftliche Kommission zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit beim Bundesjustizministerium

In einem Staatswesen haben Juristen stets eine tragende Funktion. Ihnen obliegen als Vertreter der Dritten Staatsgewalt die Überwachung der Einhaltung der strafrechtlichen Normen, die Regelung zwischenmenschlicher Streitigkeiten und auch die Begrenzung der staatlichen, exekutiven Macht. Sie übernehmen mit dieser Rolle eine immense Verantwortung, die sich in besonderem Maße bei Regimewechseln zeigt. Die neuen Machthaber sind bei der Durchsetzung der Gesetze und neuen Regeln von Juristen abhängig. Tragen diese das System mit, wird der Neubeginn zumeist gelingen; verweigern sie die Gefolgschaft, wird das neue Regime kaum reüssieren.

Mit Regimewechseln sah sich Deutschland im 20. Jahrhundert mehrmals konfrontiert. Das Interesse der Unabhängigen Wissenschaftlichen Kommission beim Bundesministerium der Justiz bezieht sich vor allem auf den Wechsel von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“ 1933 und den Neuanfang nach dem Zusammenbruch 1945 auf der Grundlage des Grundgesetzes von 1949. Ohne die Mitwirkung der Juristen in den Gerichten, zumal den Sondergerichten und dem Volksgerichtshof, den Staatsanwaltschaften und der Reichsanwaltschaft, der Ministerialbürokratie und sonstigen Verwaltungsbehörden hätte sich der Nationalsozialismus schwerlich durchsetzen können. Die Juristen halfen mit bei der Eliminierung vermeintlicher Staatsfeinde und sie waren beteiligt an der Ausarbeitung menschenverachtender Gesetze wie den Nürnberger Rassengesetzen vom September 1935, dem Nacht-und-Nebel-Erlass vom Dezember 1941, mit dem geheime „Richtlinien für die Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten“ erlassen wurden, oder der Sonderstrafrechtsverordnung für Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten, dem Euthanasieprogramm und der Militärjustiz – um nur diese Beispiele zu nennen.

Beim Aufbau der Demokratie nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland waren dann häufig dieselben Juristen tätig, die sich zuvor dem Führerbefehl verschrieben hatten. Auch und gerade im Bundesjustizministerium begegnen wir nach 1949 einer Vielzahl ehemaliger NS-Juristen wieder, die nun im Dienste des Grundgesetzes standen. In einzelnen Abteilungen des Ministeriums ergibt sich aus den Akten in den 1950er- und 1960er-Jahren ein „Belastungsgrad“ von 100 Prozent. Mit „Belastung“ ist dabei keineswegs nur die bloße Mitgliedschaft in der NSDAP gemeint. Manche Juristen, die nach 1949 in eine Spitzenposition im Bundesjustizministerium gelangten, waren für eine Vielzahl von Todesurteilen verantwortlich gewesen. „Der Dolch des Mörders war unter der Robe der Juristen verborgen“ – dieser Satz aus dem Urteil, das ein amerikanisches Militärgericht im Dezember 1947 in Nürnberg gegen 14 »

Hanna Solf, Widerstandskämpferin gegen das NS-Regime, als Zeugin der Anklage während der Nürnberger Juristenprozesse (1947).

Robert Havemann als Zeuge der Anklage während der Nürnberger Juristenprozesse (1947).

Beide Fotos: Harvard University Library/United States Army Office of the Chief of Counsel for War Crimes

» führende NS-Juristen fällte, trifft häufiger zu, als man bisher angenommen hat.

Heute wissen wir: Die „Wiederverwendung" belasteten Personals war politisch gewünscht und wurde verfassungsrechtlich abgesichert. Nicht zuletzt gilt dies für den Öffentlichen Dienst, für den mit dem Artikel 131 GG und dem dazu 1950 verabschiedeten Gesetz sogar ein Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung ehemaliger Bediensteter geschaffen wurde. Aufdeckungen und handfesten Skandalen wurde auch im Bundesjustizministerium – wie fast überall in der Bundesrepublik, nicht zuletzt beim Bundesgerichtshof – tapfer getrotzt. Beinahe immer fand sich eine Rechtfertigung, beschuldigte Personen weiter im Dienst der Bundesrepublik Deutschland zu belassen. Und immer wieder wurden zur Begründung dieselben Argumente und Entschuldigungsmuster ins Feld geführt: Man habe ja nur die geltenden Gesetze angewendet und im Übrigen sogar „Schlimmeres verhindert". Enthüllungen, die in die Öffentlichkeit gelangten, wurden zudem oft als kommunistische Propaganda abgetan oder, wenn dies nicht half, kleingeredet. Gleichwohl hat sich die Bundesrepublik Deutschland zu einem angesehenen Rechtsstaat entwickelt. Die Juristen haben auch hier – trotz ihrer Vergangenheit – funktioniert. Warum das so ist, kann auch die Kommission letztlich nicht erklären: ob aus Opportunismus, existenzieller Sorge, professioneller Wendigkeit oder aufgrund der gewandelten politischen Rahmenbedingungen – oder vielleicht doch aus Einsicht in den verbrecherischen Charakter eines Regimes, dem man selbst bis zum Schluss gedient hatte, verbunden mit dem ernsthaften Versuch, es nun besser zu machen. Die Kommission wird hierzu keine endgültigen Antworten finden. Sie kann aber Strukturen aufzeigen und Entscheidungswege transparent machen. Am Ende bleibt es jedoch der Verantwortung jedes einzelnen Juristen überlassen, sich der Vergangenheit zu stellen und daraus zu lernen. ■

Foto: Beek100/unverändert/CC BY-SA 3.0

Dienstsitz des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz in der Mohrenstraße 37 in Berlin-Mitte. Die Kolonnaden von 1787 und der Hof von 1912 sind denkmalgeschützt.

Foto: Hagen von Eitzen/unverändert/CC BY-SA 3.0

Die Rosenburg im Ortsteil Kessenich in Bonn war von 1950 bis 1973 Sitz des Bundesjustizministeriums und steht unter Denkmalschutz.

Manfred Görtemaker ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam, **Christoph Safferling** ist Professor für Strafrecht und Völkerrecht an der Universität Marburg. Beide leiten die Kommission zur Untersuchung der „Kontinuität des nationalsozialistischen Deutschlands in das Regierungshandeln des Bundesministeriums der Justiz in der Nachkriegszeit der 1950er und 1960er Jahre".

Buchinformation:

Manfred Görtemaker (Hg.), Christoph Safferling (Hg.)
Die Rosenburg
Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme.

Vandenhoeck & Ruprecht; Auflage: 2. (17. Juli 2013)
Gebundene Ausgabe, 376 Seiten
ISBN: 978-3-525-30046-6· 58,00 €

Nicola Wenge

Aktuelle Ansätze in der Gedenkstättenarbeit

Beispiele aus dem Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm

Wie können Gedenkstätten in der digitalen Gesellschaft historisches Wissen so aufbereiten, dass es gut zugänglich ist und interaktiv erweitert werden kann? Wie öffnen Gedenkstätten in der Migrationsgesellschaft ihre Vermittlungsarbeit? Das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm hat zur Beantwortung dieser Fragen zwei unterschiedliche Ansätze verfolgt. Sie sollen nach einer kurzen Vorstellung des historischen Orts skizziert werden.

Die KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg

Von November 1933 bis Juli 1935 befand sich im Ulmer Fort Oberer Kuhberg (erbaut um 1850 als Teil der Bundesfestung Ulm) ein frühes Konzentrationslager für das Land Württemberg. Dort waren mehr als 600 Regimegegner inhaftiert, unter ihnen der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher. Die Funktion des Lagers war es, die politischen und weltanschaulichen Gegner durch Terror in ihren Überzeugungen und ihrer Persönlichkeit zu brechen und die übrige Bevölkerung einzuschüchtern. Der Obere Kuhberg steht damit exemplarisch für den Übergang von der ersten deutschen Demokratie zur NS-Diktatur und die Anfänge der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Unter den reichsweit etwa 80 frühen Lagern ist es das einzige in Süddeutschland, das in Gelände und Gebäude noch weitgehend unverändert erhalten und zugänglich ist. Zu sehen sind heute die unterirdischen Verliese und Sonderhaftzellen, der Appellplatz und die Räume der KZ-Verwaltung. Eine Dauerausstellung zeigt Bilder und Dokumente zu den Häftlingen, den Haftbedingungen, den Haftgründen und nicht zuletzt auch zu den Tätern.

Wissen weitertragen: die Online-Häftlingsdatenbank

Zur Dokumentation von Verfolgung und Widerstand, zu den frühen württembergischen Lagern und zum Nationalsozialismus in der Region Ulm/Neu-Ulm hat das 1985 gegründete Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (DZOK) über vier Jahrzehnte historische Quellen gesammelt und ausgewertet. Dabei lag und liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Rekonstruktion von Häftlingsbiografien. Das DZOK verfügt heute trotz einer schwierigen Überlieferungssituation über eine umfangreiche biografische Sammlung mit Hunderten Berichten, Fotos und Erinnerungsstücken ehemaliger Häftlinge.

Was über Jahrzehnte recherchiert und bisher nur im Archiv eingesehen werden konnte, ist nun – als ein Ergebnis eines dreijährigen Archivprojekts mit Unterstützung von Bund und Land – zu großen Teilen und für jede/n im Internet abrufbar. Seit März 2015 können biografische Informationen von 345 sicher nachgewiesenen Männern, die im KZ Oberer Kuhberg inhaftiert waren, auf der Website des DZOK leicht recherchiert werden: nach Namen, Herkunftsorten und Haftgründen. Auch Quellen- und Literaturhinweise sind eingestellt, damit Interessierte die Gelegenheit haben, sich weiter »

Eingangsbereich der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg Ulm.

Foto: Archiv DZOK

Fotos: Archiv DZOK

Porträts von Menschen, die Häftlinge im KZ Oberer Kuhberg waren.

» zu informieren. In vielen Fällen sind die Datensätze mit Fotos und Zusatzdokumenten angereichert. Außerdem werden exemplarisch elf ausführliche Biografien präsentiert, die gerade Jugendlichen die unterschiedlichen Gründe und Folgen der Haft im lebensgeschichtlichen Zusammenhang eröffnen sollen.

Die Onlinestellung der Daten entspricht einerseits dem Bedürfnis, Informationen jederzeit am Rechner oder Smartphone abrufen zu können, denn die Erfahrung lehrt, dass das, was nicht leicht zugänglich ist, kaum mehr wahrgenommen wird. Gleichzeitig ermöglicht eine Kommentarfunktion den Nutzern, direkt Kontakt mit dem DZOK aufzunehmen, um Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Hier können Angehörige, engagierte Historiker oder Genealogen ihre Kompetenzen einbringen und das vorhandene Wissen erweitern. Erste Erfahrungen seit der Onlinestellung zeigen, wie wichtig diese Rückmeldungen sind. Und so ist die Datenbank unter Einbeziehung der Cloud-Intelligenz ein interaktives Werkzeug, mit dem Wissenschaftler, Lehrer, Schüler, aber auch Nachfahren von jedem Platz der Welt aus solide Informationen erhalten oder ihre Kenntnisse an das DZOK weitergeben können. Diese Wissensvernetzung auszubauen ist ein wichtiges Ziel des Dokumentationszentrums, zumal noch längst nicht alle Häftlingsnamen und -biografien rekonstruiert sind.

Den historischen Ort öffnen: Interkulturelle Materialien für den Gedenkstättenbesuch

Alle virtuellen Informationen können aber nicht den Eindruck ersetzen, der beim Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers mit seinen düsteren, bedrückenden Mauern entsteht. So bleibt die Wissensvermittlung am historischen Ort der zentrale Ausgangs- und Bezugspunkt der Bildungstätigkeit des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg. Die Kernaufgabe besteht darin, Besucherinnen und Besuchern am konkreten Beispiel die Bedeutung des Nationalsozialismus zu vermitteln und für heutige Menschenrechtsverletzungen zu sensibilisieren. Das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg setzt dabei auf Ange-

Foto: Archiv DZOK

Per Mausklick erreichbar: Informationen aus der Online-Häftlingsdatenbank.

Foto: Archiv DZOK

Eigene Ausdrucksformen entwickeln: Erarbeitung einer Filmsequenz im Gelände der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg.

bote, die individuell auf die jeweilige Besuchergruppe zugeschnitten sind.

Bei der pädagogischen Vermittlung stellt sich die Grundfrage, wie deutsche Geschichte, insbesondere die des Nationalsozialismus, für Schulklassen vermittelt werden kann, in denen immer mehr Jugendliche aus Familien nicht deutscher Herkunft stammen. So kommen etwa in Ulm rund 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen bis zu einem Alter von 18 Jahren aus Einwandererfamilien der ersten und zweiten Generation. Bei den Werkrealschulen liegt der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit internationalen Wurzeln noch höher. Viele interkulturelle Programme und Gedenkstättenprojekte richten sich jedoch vornehmlich an Gymnasialklassen oder sind für kleinere, bürgerschaftlich getragene Gedenkstätten wie das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg wenig praktikabel. Deshalb steht die Ulmer KZ-Gedenkstätte vor der zentralen didaktischen Aufgabe, historisches Lernen so aufzubereiten, dass sich Jugendliche, die (Familien-) Wurzeln in anderen Ländern haben und die nicht zur sogenannten Bildungselite gehören, aktiv mit dem historischen Erbe ihrer Heimatstadt auseinandersetzen können.

Um diese zentrale Aufgabe anzugehen, hat das DZOK in einem dreijährigen Pädagogikprojekt Räume geschaffen, in denen Jugendliche über ihre mitgebrachten Geschichtsbilder und -erzählungen sprechen und in einem offenen Lernprozess Bezüge zu ihrer aktuellen Lebenswelt herstellen können. Gedenkstättenpädagogin Annette Lein entwickelte hierzu vielfältige Lernangebote und Arbeitsmaterialien, die sich insbesondere an Hauptschülerinnen und Hauptschüler richten, aber für alle Schulformen einsetzbar sind. Diese interkulturellen Arbeitsmaterialien wurden im März 2015 unter dem Titel „Was geht mich Eure Geschichte an?" veröffentlicht.

Die 44-seitige Broschüre gliedert sich in drei Teile: Das erste Kapitel enthält Vorschläge, wie sich Jugendliche den historischen Ort bzw. ihnen wichtige Aspekte an diesem Ort handlungsorientiert selbst erschließen können. Das zweite Kapitel stellt Arbeitsmaterialien bereit, die den Schülerinnen und Schülern die Annäherung an Lebensgeschichten ehemaliger Häftlinge des KZs Oberer Kuhberg ermöglichen. Das dritte Kapitel beschreibt ein besonders intensives Arbeitsformat: In mehreren Drei-Tages-Projekten waren die Schüler eingeladen, ihre Eindrücke des Gedenkstättenbesuchs mit künstlerischen Mitteln wie Hip-Hop und Film zu verarbeiten. Die Ergebnisse dieser Projekte sind im Heft dokumentiert sowie auf einer DVD der Handreichung beigefügt.

Das Heft ist in erster Linie eine Einladung an Lehrerinnen und Lehrer, mit ihren Klassen die KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg zu besuchen und mit den vorgestellten Materialien zu arbeiten. Darüber hinaus versteht sich die Broschüre als Beitrag zum kollegialen Austausch mit anderen Gedenkstätten darüber, wie wir NS-Geschichte an Jugendliche vermitteln, die keinerlei eigene Familiengeschichten oder andere unmittelbare Bezugspunkte zur deutschen Geschichte von 1933 bis 1945 haben oder diese sogar explizit ablehnen. Drittens dokumentiert sie einen teaminternen Verständigungsprozess über Selbstverständnis und Grundprinzipien der Arbeit der Ulmer Gedenkstätte. In diesem Prozess öffnete sich das DZOK zugleich auf verschiedenen Ebenen, beispielsweise durch die verstärkte Mitarbeit von Migrantinnen und Migranten, durch die gezielte Begleitung von Integrationskursen, deren Teilnehmer die deutsche Sprache und Geschichte erlernen, oder durch ein interkulturelles Begleitprogramm für die Sonderausstellung „Erinnern in Ulm" in der KZ-Gedenkstätte.

Als Fazit des Dargestellten ist festzuhalten: Mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand zum Nationalsozialismus und den sich rapide wandelnden gesellschaftlichen Verhältnissen nehmen die Herausforderungen an die Gedenkstättenarbeit zu. Es ist unabdingbar, auf diese Herausforderungen mit neuen Informations- und Arbeitsangeboten zu reagieren, die auf die veränderten Bedürfnisse und Fragen, Lebenswelten und Bezugspunkte der heutigen Besucher eingehen. Die Erfahrungen des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg zeigen, dass diese Öffnung einen großen Gewinn für die Gedenkstätten bedeuten kann – und dies gilt für digitale Wissensvermittlung ebenso wie für die pädagogische Arbeit am historischen Ort. ■

Cover der aktuellen Broschüre des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm e.V.: „Was geht mich Eure Geschichte an?"

Auf der Website des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg (www.dzok-ulm.de) sind nähere Informationen zum historischen Ort, zum Gedenkstättenbesuch und zur Häftlingsdatenbank nachzulesen.

Dr. Nicola Wenge ist Historikerin und wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm.

Ruth Wunnicke

Warum Ida Knop mein Vorbild ist

„Hast Du Ida Knop schon gesehen?“ „Nein. Warum?“, frage ich. „Die Knop demonstriert.“ Es ist ein kalter Januarmorgen 1990 in einem kleinen uckermärkischen Dörfchen in der DDR. 20 Kinder und Jugendliche stehen an einer Haltestelle und warten auf den Bus, der sie zur Schule in das Nachbardorf bringt. In der Regel herrscht morgens eher mürrisches, unausgeschlafenes Schweigen. An diesem Morgen jedoch reden wir alle aufgeregt durcheinander. Einige haben auf ihrem Weg zur Haltstelle Ida Knop* gesehen und erzählen, dass sie vor dem Gebäude der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft steht, mit einem richtigen Demonstrationsplakat. Genauso eines, wie sie jetzt im Fernsehen aus Leipzig und Berlin zu sehen sind. Wir fragen neugierig, was denn auf dem Plakat steht? Keiner kann sich richtig erinnern. Irgendwas mit See und Dünger und Schutzstreifen.

Viel mehr beschäftigt uns aber die Frage, ob man das einfach darf? Demonstrieren? Ja, die in den großen Städten machen das. Die gehen auf die Straße und fordern und rufen und halten ihre Plakate in die Fernsehkameras. Aber hier bei uns auf dem Dorf? Geht das überhaupt? Hier sind ja nicht mal Fernsehkameras. Was denkt sich die Knop überhaupt dabei, fragen wir uns und schütteln die Köpfe. Ich werde immer neugieriger. Als der Bus wenige Minuten später losfährt, schauen alle Kinder gebannt aus dem Fenster, um im Vorbeifahren einen Blick auf Ida Knop und ihre Demo zu erhaschen.

Foto: GVFD

Und dann sehe ich sie. Ruhig, freundlich und entschlossen steht sie vor dem Verwaltungsgebäude der LPG, wo der Arbeitstag gerade beginnt. Sie trägt eine dicke Jacke und feste Stiefel an den Füßen, um sich gegen den eisigen Wind zu schützen. In ihrer Hand hält sie ein großes Schild mit der Aufschrift: „Zu meinem 50. Geburtstag wünsche ich mir einen 100 Meter breiten Schutzstreifen um den See, auf dem nicht gedüngt werden darf.“

An diesem Tag war Ida Knop Gesprächsthema Nummer eins in der Schule. Auch in der folgenden Zeit gab es kaum eine Kaffeetafel, eine Geburtstagsrunde oder einen Rentnertreff in dem uckermärkischen Dörfchen, wo nicht über Ida Knops Demonstration zu ihrem 50. Geburtstag gesprochen wurde. Die Meinungen über ihre Aktion gingen dabei auseinander. Die einen sagten, sie habe ja schon immer einen Spleen gehabt mit ihrem Eisbaden, den Kräutertees und ihrem Löwenzahnhonig. Und jetzt noch dieser Ökokram am Dorfsee. Wo kämen wir denn da hin? Viele kamen ins Grübeln und gestanden Ida Knop zu, dass sie mit ihrer Forderung nicht ganz Unrecht habe. Die Algen im Dorfsee seien in den vergangenen Jahren tatsächlich mehr geworden und das könne durchaus mit dem vielen Dünger zusammenhängen, der von den umliegenden Feldern ins Wasser gespült wurde. Andere wiederum

Über die Frage „Was macht ein Vorbild aus?“ wurde auf dem Workshop in Wolfsburg ausführlich diskutiert.

Foto: Marian Spode-Lebenheim

So wie Ida Knop engagierten sich auch andere Menschen in der DDR in Umweltinitiativen. „Bewahrung der Schöpfung" hieß häufig das religiös orientierte Motto. Eine Ausstellung zu dem Thema von Michael Beleites wurde kürzlich im Berliner Abgeordnetenhaus gezeigt.

fanden Ida Knops Demo mutig. Sie waren stolz, dass endlich auch mal jemand auf dem Dorf den Mund aufmacht und sich traut, seine Meinung zu sagen. Was die in Berlin und Leipzig können, das können wir hier auf dem Dorf auch!, hieß es.

Das Wirken im Kleinen

20 Jahre habe ich gebraucht, um zu begreifen, was Ida Knop damals in ihrem kleinen uckermärkischen Dörfchen eigentlich angestoßen hat – ohne dass sie es ahnte. Gewiss können Kritiker jetzt einwenden: Im Januar 1990 war doch die Mauer schon auf und die Friedliche Revolution schon gemacht, für die viele Bürgerrechtler mitunter ihre Freiheit riskiert hatten. Ja, das stimmt. Ida Knop hat weder ihr Leben noch ihre Freiheit riskiert. Ich sehe Ida Knop jedoch vor dem Hintergrund ihres eigenen Lebens und ihrer dörflichen Möglichkeiten. Sie hatte weder studiert noch war sie die Frau, die lange Reden oder Schriften verfasste. Aber sie wusste, dass es in der DDR große Umweltprobleme gab und viele Seen in der Region so verschmutzt waren, dass sie „umkippten" und das Baden verboten wurde. Davor wollte sie ihren Dorfsee und die Bewohner des Dorfes, die mit Kindern und Familien die Sommer am See verbrachten, bewahren. Sie griff als Erste zu einem Mittel des öffentlichen Protestes, für den die Menschen in ihrem Dorf bis dahin noch nicht bereit waren.

Zwei Dinge hat Ida Knop mit ihrer kleinen Demo bei den Dorfbewohnern gedanklich angestoßen, die 1990 nicht selbstverständlich waren: Öffentlich seine kritische Meinung zu vertreten und zu protestieren, ist nicht nur die Sache der anderen, sondern kann auch auf einem Dorf geschehen. Und die Sauberkeit der Umwelt, die mich umgibt, ist eine Frage der Eigenverantwortlichkeit.

Was macht ein Vorbild der Demokratie aus?

Vom 8. bis 9. Oktober trafen sich Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und andere Interessierte bei der Historischen Kommunikation der VW AG in Wolfsburg zu dem zweitägigen Workshop „Vorbilder und Zeitzeugen der Demokratie". Eine Frage, die die Teilnehmer beschäftigte, war die nach Vorbildern der Demokratie vor Ort. Vorbilder der Demokratie müssen eben nicht immer nur die großen Politiker des 20. Jahrhunderts sein. Vielmehr wirken sie vor Ort und oft im Kleinen. Dort gestalten sie das gesellschaftliche Miteinander. Trotzdem tun wir uns schwer, diese Vorbilder vor Ort zu benennen. Eine Hürde haben wir selbst im Kopf, stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops in der Diskussion fest. Wir selbst hängen uns die Maßstäbe für Vorbildhaftigkeit oft zu hoch. Muss Vorbildhaftigkeit der Demokratie immer etwas mit dem Riskieren von Leib und Leben zu tun haben? Viel gewinnbringender ist es doch, das Handeln eines Menschen vor dem Hintergrund seiner geografischen, gesellschaftlichen und politischen Umgebung und Umstände, im Rahmen seines eigenen Lebens und seiner intellektuellen Fähigkeiten zu sehen. Auch derjenige ist mutig, der in einem kleinen Betrieb durch beherztes Eingreifen einen Umdenkprozess unter den Kollegen in Bewegung gesetzt hat. Jemand, der im Kleinen etwas aus innerer Überzeugung tat, was sich vor ihm noch niemand getraut hat, wovon letztendlich aber mehrere Menschen profitieren.

Nicht immer ist das Vorbildhafte sofort erkennbar

Nicht immer ist die Vorbildhaftigkeit eines Handelns schon im Augenblick selbst zu erkennen. Mitunter erkennen wir erst Jahre später, was der oder diejenige bewirken konnte. Manchmal nerven uns diese Menschen durch ihr langjähriges unbequemes Engagement, das wir bisweilen als penetrant empfinden, und erkennen erst mit zeitlichem Abstand, was sie eigentlich erreicht haben. Für uns heißt das: Schärfen wir unseren Blick in unserer unmittelbaren Umgebung dafür, warum etwas so gut geworden ist, wie es ist, ob es immer so war und wer den Anstoß dafür gegeben hat. ■

Kennen Sie auch eine Ida Knop, an die Sie sich gern erinnern, die Sie vielleicht sogar geprägt hat in Ihrem Engagement? Schicken Sie uns Ihre Geschichte unter dem Stichwort „Vorbilder der Demokratie" an info@gegen-vergessen.de.

Ruth Wunnicke ist wissenschaftliche Referentin von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

* Name geändert, Umstände der Aktion aus Datenschutzgründen leicht verfremdet

Partnerschaften für Demokratie: Weiterbildungsangebot für lokale und regionale Akteure

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. unterstützt in einem neuen Projekt Kommunen bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Zielgruppe sind 218 vom Bund geförderte Koordinierungs- und Fachstellen, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" Handlungskonzepte zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt entwickeln und umsetzen. Das Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend und die Bundeszentrale für politische Bildung haben Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. beauftragt, ein Qualifizierungsprogramm für die Akteure vor Ort anzubieten.

Im September 2015 startete im sächsischen Schleife für die ersten 30 Teilnehmer die modulare Weiterbildung. Dabei geht es in vier dreitägigen Seminaren um fachliche Kompetenzen, grundlegende Methoden, Stärkung persönlicher Kompetenzen wie auch Reflexion und Vernetzung.

Eine Teilnehmerin sagte: „Man kann nur Brücken bauen, wenn das eigene Ufer fest ist!" Nach dem ersten Ausbildungswochenende fühle sie schon ein solides Fundament.

Im Dezember wird ein zweiter Kurs angeboten, 2016 folgt ein dritter. So sollen möglichst viele Koordinierungs- und Fachstellen erreicht werden.

Die 218 kommunalen „Partnerschaften für Demokratie" haben als Ziel, regionale Bündnisse aufzubauen und zu koordinieren. In diesen Bündnissen kommen Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten – zusammen und entwickeln anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie. Dafür wurden Koordinierungs- und Fachstellen eingerichtet, die in der Regel bei einem freien Träger angesiedelt sind. Neben der Koordination vor Ort liegt ein wesentlicher, zusätzlicher Schwerpunkt darauf, Fachkompetenz vor Ort zu entwickeln beziehungsweise auszubauen.

Die weitgehenden Anforderungen machen es für die Koordinatoren zur Voraussetzung, bei den Themen Demokratiebildung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf dem Laufenden zu bleiben. Außerdem erfordert das Arbeitsprofil Fähigkeiten in der Moderation, Prozessbegleitung und Erstberatung. Dem versucht die Weiterbildungsreihe gerecht zu werden. ■

Ansprechpartner sind
Martin Ziegenhagen und
Sarah von Oettingen:
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Stauffenbergstr. 13–14
10785 Berlin
Tel.: +49 30 263978-3
info@gegen-vergessen.de

In Schleife hatten die Koordinatoren der „Partnerschaften für Demokratie" auch viele Möglichkeiten, sich untereinander auszutauschen.

Foto: Corinna Korb

Nils Theinert

Geschichte wirkt vor Ort

Vernetzungstreffen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und dem Anne Frank Zentrum

Mehr als 40 Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedensten Bereichen der historisch-politischen Jugendbildung trafen sich im Oktober in Berlin zum Erfahrungsaustausch. Eingeladen hatten das Anne Frank Zentrum und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Es kamen Lehrkräfte aller Schulformen, Gedenkstättenmitarbeiter und auch Mitglieder und Sprecher von Regionalen Arbeitsgruppen des Vereins sowie Vertreter anderer Bildungsträger.

Foto: Jan Schapira, www.janschapira.de

Geschichtsvermittlung in heterogenen Gruppen – praktisch geübt beim Fotoauswahlspiel.

Angesichts des immer größeren zeitlichen Abstands zur NS-Zeit wurden anhand von Praxisbeispielen die Möglichkeiten von Gegenwartsbezügen und multiperspektivischen Ansätzen besprochen. Auch der direkte Bezug zu den Lebenswelten der Jugendlichen wurde diskutiert. Vorteil eines solchen Ansatzes ist die Chance, eine stärkere Identifikation der Jugendlichen mit dem Thema bieten zu können. Zugleich wurde aber auf die Gefahr hingewiesen, allzu unangemessene Vergleiche mit dem Leben der Verfolgten im Nationalsozialismus zu ziehen. Auch die Frage, wie bildungsferne Zielgruppen zum Beispiel durch die Verwendung allgemeinverständlicher Sprache besser erreicht werden können, interessierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. »

Viel Raum für Diskussionen beim Vernetzungstreffen von Anne Frank Zentrum und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Foto: Jan Schapira, www.janschapira.de

Foto: Jan Schapira, www.janschapira.de

Neue Methoden selbst ausprobieren: Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Geocaching.

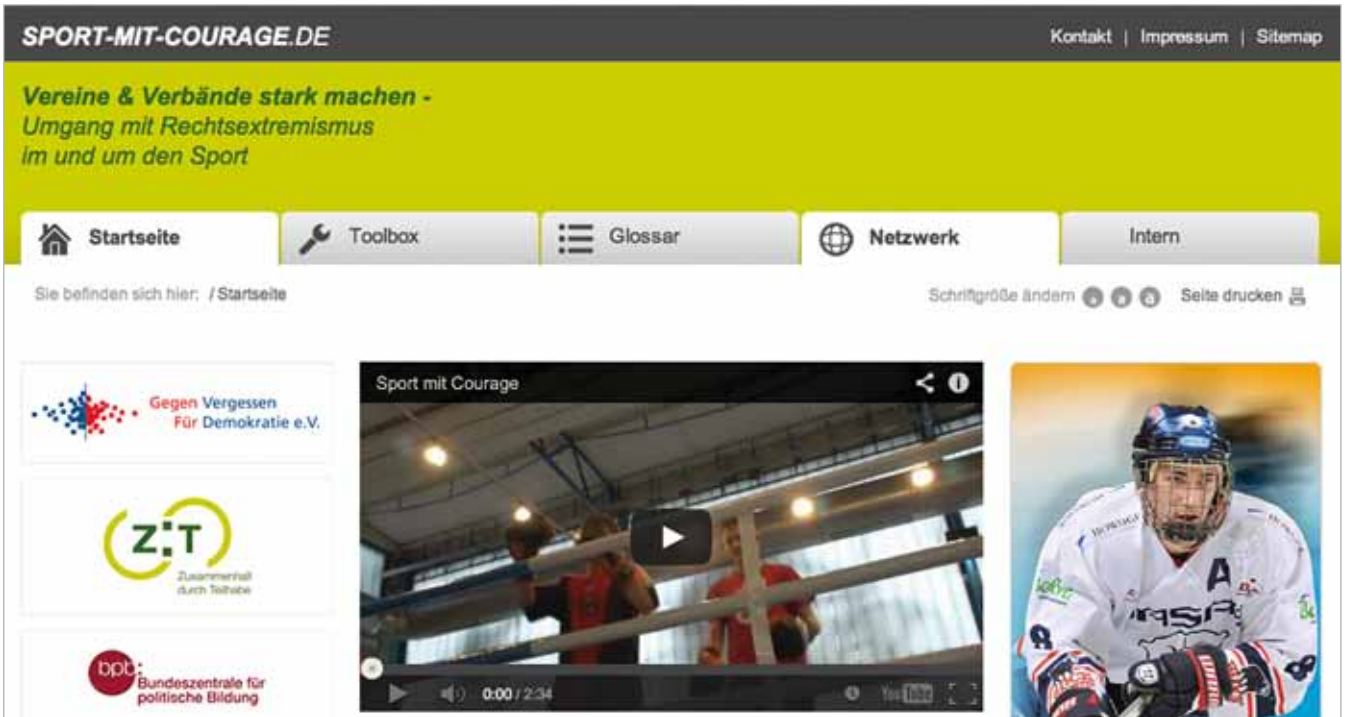
» In einem Workshop zu den Möglichkeiten der Geschichtsvermittlung mithilfe neuer Medien wurden verschiedene Konzepte wie Audiowalks und Geocachings vorgestellt. Bei den Audiowalks kann der Teilnehmer Audiobeiträge an verschiedenen Punkten eines historischen Ortes abrufen. Als Veranschaulichung diente der Audiowalk „Kudamm '31", der das kaum bekannte Pogrom auf dem Kurfürstendamm im Jahr 1931 behandelt (http://kudamm31.com/). In diesem Fall läuft der Besucher den Kurfürstendamm entlang und kann sich an verschiedenen Punkten Audiobeiträge zum historischen Ereignis und Ort anhören. Beim Geocaching handelt es sich wiederum um eine Art digitale Schnitzeljagd, bei der die Teilnehmenden mithilfe von GPS sogenannte „Caches" suchen, bestimmte Gegenstände, die versteckt wurden und durch ein GPS-Signal angezeigt werden. Beide Ansätze ermöglichen es, eine Umgebung selbstständig und forschend zu erkunden. Die Potenziale für einen Einsatz dieser Mittel in der Geschichtsvermittlung sind groß. Um sich davon ein Bild zu machen, begaben sich die Teilnehmenden anschließend selbst auf die Suche nach einem Geocache.

Hinter der Veranstaltung stand ursprünglich die Idee der Veranstalter, Koordinatoren der Anne-Frank-Wanderausstellungen und aktive Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. zusammen zu bringen. Ermöglicht wurde die Umsetzung durch die Förderung im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Beteiligten freuten sich vor allem darüber, neue Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen zu vergleichen. Ziel ist es, dass aus diesem Treffen eine Grundlage für dauerhafte neue Netzwerke entsteht. ■

Nils Theinert studiert im Masterstudiengang Public History an der FU Berlin und ist studentischer Mitarbeiter von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Anzeige

Vereine und Verbände stark machen gegen Rechtsextremismus! Besuchen Sie unsere Seite: www.sport-mit-courage.de



Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus

Ein Kooperationsprojekt der Türkischen Gemeinde in Deutschland e. V. und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Aufbauend auf dem großen Erfahrungsschatz in Beratungs- und Jugendbildungsarbeit unterstützt Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. muslimische Verbände im Aufbau eigener Beratungsstrukturen gegen Extremismus und gesellschaftliche Polarisierung. Gemeinsam mit der Türkischen Gemeinde in Deutschland e. V. (TGD) arbeitet der Verein seit dem Frühjahr 2015 an einem Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus. Neben der Türkischen Gemeinde in Deutschland sind vier weitere Verbände, die auch an der Islamkonferenz teilnehmen, vertreten und erarbeiten nun zusammen mit der TGD und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. individuelle Präventionskonzepte.

Gemeinsam sollen neue Strategien entwickelt werden. Dazu zählen beispielsweise altersgerechte Angebote von Jugendlichen für Jugendliche, Argumentationstrainings oder Beratungsangebote für Betroffene mit kultur- und religionssensiblen Beratern. Um ab 2016 mit der Qualifizierung eigener hauptamtlicher Präventionsbeauftragter beginnen zu können, wird bis Jahresende ein Antrag auf EU-Förderung gestellt, mit der die bisherigen, für fünf Jahre zur Verfügung stehenden Mittel, die aus dem Bundesfamilienministerium kommen, ergänzt werden sollen.

Trotz der aktuell starken Konzentration auf Fragen religiös begründeter Radikalisierungsdynamiken, bleiben zielgruppengerechte Umgangsformen mit diesem Phänomen noch immer häufig die Ausnahme. Gleichzeitig deutet vieles darauf hin, dass die in Verbänden organisierte Jugendarbeit der großen islamischen Verbände bereits wichtige identitätsstiftende Arbeit leistet. Diese kann jenseits theologischer Bewertungen eine akzeptierende und ermächtigende Wirkung auf die Jugendlichen entfalten und damit gegen polarisierende Sichtweisen auf Staat und Religiosität immunisieren.

Das Logo der Türkischen Gemeinde in Deutschland e. V. (TGD) und von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Die Idee des Präventionsnetzwerks setzt deshalb voraus, die heterogenen Lebensrealitäten muslimischen Gemeindelebens ernst zu nehmen und Projekte mit präventiver Wirkung, die bereits jetzt von den Verbänden durchgeführt werden, zu koordinieren, weiter auszubauen und zielgerichtet mit den fachlichen Standards aus dem Bereich der präventiv-pädagogischen Jugendarbeit anzureichern. Explizit damit verbunden ist auch die präventive Arbeit gegen Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit, als eine Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Leitendes Prinzip der Projektidee ist der partizipative Ansatz des Entwicklungsprozesses. Dieser zieht sich sowohl auf inhaltlicher als auch auf methodischer Ebene durch und umfasst alle Teilschritte der Projektumsetzung. Denn nur wenn es gelingt, die spezifischen Perspektiven und Interessen der jeweiligen Verbände aufzunehmen, gegebenenfalls in einen Austausch miteinander zu bringen und im Projekt wirksam werden zu lassen, kann eine effektive Umsetzung präventiver Handlungskonzepte erfolgen.

Für die Umsetzungsphase werden sowohl bedarfsgerechte Fortbildungen organisiert und angeboten als auch weitere Netzwerkpartner ausfindig gemacht. Sobald die Verbände mit den Methoden der beteiligungsorientierten Projektplanung sowie dem Projektmanagement vertraut sind, sollen gezielte Projektentwicklungsworkshops in den Verbänden angeboten werden, um eine Nachhaltigkeit der präventiven Arbeit nach Auslaufen der Projektförderung zu gewährleisten bzw. für weitere Angebote in den einzelnen Bundesländern zu sorgen. Ein möglicher Schwerpunkt könnte in der Entwicklung und Implementierung eines Online-Informations- und/oder Beratungsangebots liegen. ■

Die Koordinierung des Präventionsnetzwerks wird bis einschließlich 2019 gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

RAG Rhein-Main

Julia Scheuermann

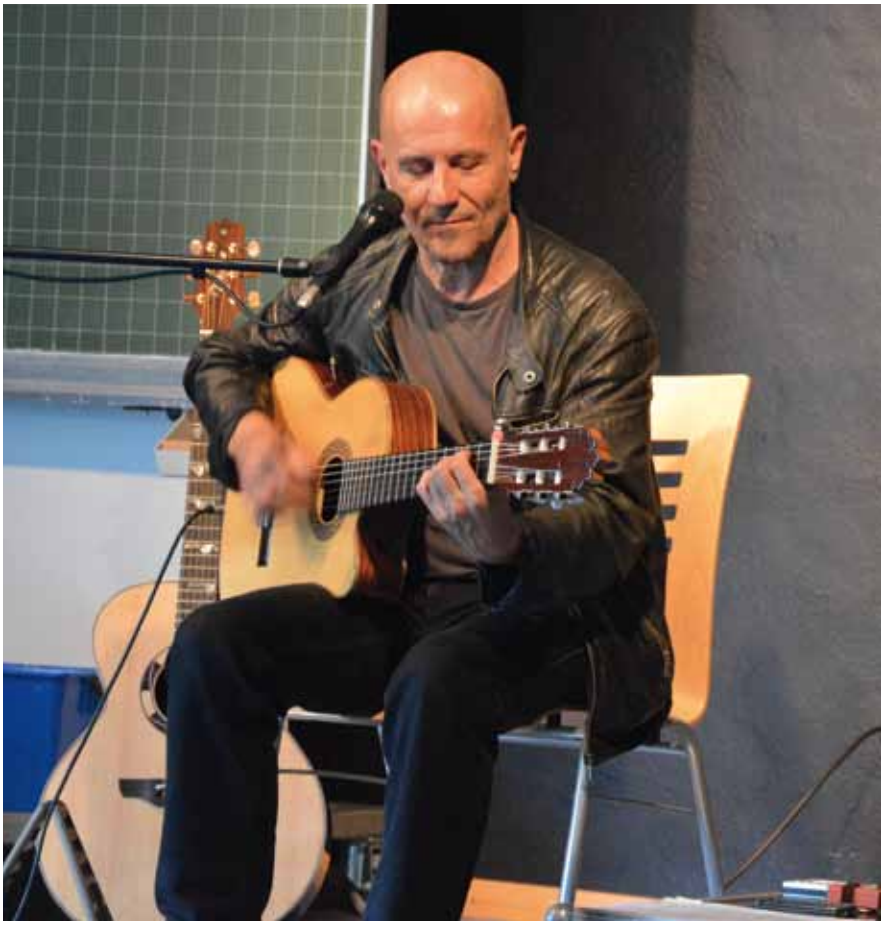
„Mensch Nazi“

Stephan Krawczyk liest und singt zum Thema Rechtsextremismus.

Die Leistungskurse Geschichte sowie Politik und Wirtschaft Q3 der Heinrich-Mann-Schule Dietzenbach erlebten eine Unterrichtsstunde der besonderen Art. Stephan Krawczyk, der neben Wolf Biermann zu den bekanntesten DDR-Bürgerrechtlern zählt, las aus seinem neuesten Roman „Mensch Nazi“ und begleitete diese Lesung mit selbstkomponierten Liedern. Er ist Schriftsteller und Liedermacher, erhielt in der damaligen DDR dafür Berufsverbot und wurde im Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen inhaftiert, bevor er in den Westen ausgewiesen wurde. Bereits 1991 erhielt er den renommierten Bettina-von-Arnim-Literaturpreis und ist unter anderem Träger der Verdienstmedaille des Landes Berlin. Sein aktueller Roman zeigt auf, wie Jugendliche in die Neonazi-Szene abrutschen können, was hierfür die Ursachen sind, wie ein solches Leben aussieht, wie die Gesellschaft auf die „Glatzen-Gruppen“ reagiert und wie man schließlich aus dieser Szene wieder herauskommen kann.

Liedermacher, Schriftsteller und DDR-Bürgerrechtler Stephan Krawczyk bei seinem Auftritt in der Heinrich-Mann-Schule Dietzenbach.

Foto: Privat



Die Thematik des Rechtsextremismus ist so aktuell wie lange nicht mehr, wenn man sieht, welche Reaktionen in Deutschland gegen die Aufnahme von Flüchtlingen von einzelnen gesellschaftlichen Gruppierungen ausgehen. Den Schülern wurde bewusst, dass diese Problematik sich seit dem „Dritten Reich“ immer wieder in der Gesellschaft aufzeigt, ob es in der DDR war oder in den 1990er-Jahren oder eben ganz aktuell. Krawczyks Lieder brachten die Schüler zum Schmunzeln und Nachdenken zugleich – wie kann man sich den Verführungen von einzelnen Gruppen entgegensetzen und wie kann man innerhalb der Gesellschaft couragiert einzelnen Menschen helfen? „Die Suche nach dem eigenen Klang muss jeder selbst herausfinden“, so der bekannte Liedermacher. „Man muss für seine eigenen Ideen und Wertvorstellungen eintreten, sich mit Menschen in der realen Welt auseinandersetzen, anstatt sich von Ideologien fremder Vorstellungen leiten zu lassen.“

Diese Veranstaltung wurde auf Initiative von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. durchgeführt, wird von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert und durch die Projektgruppe Zwangsarbeit e. V. getragen. Neben dieser Lesung über die Zeit der DDR hat der Fachbereich Politik und Wirtschaft den Schülern die Ausstellung „Stasi. Was war das?“ der Stasi-Unterlagen-Behörde in der Aula des Oberstufengebäudes zur Verfügung gestellt. ■

Julia Scheuermann ist Geschichtslehrerin in der Heinrich-Mann-Schule Dietzenbach und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

RAG Mittelrhein

Manfred Struck

Nur keinen Arzt – nur keinen Arzt

Projekt über Rettung von Jüdinnen und Juden ist abgeschlossen – und bietet viele Ansätze zum Weitermachen.

Mit dem Ausruf „Nur keinen Arzt – nur keinen Arzt" reagierte die Kölner Jüdin Henriette Jacoby auf das Hilfsangebot ihrer Bonner Gastgeberin und Retterin Katharina Bayerwaltes während der NS-Zeit nach einem Sturz im Treppenhaus. Die Projektgruppe „Rettung verfolgter Jüdinnen und Juden 1933–1945" der Regionalgruppe Mittelrhein von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. stellte diesen Ausruf ihrem Abschlussbericht einer neunjährigen Projektarbeit voran, da er die Zwangslage und die Ängste der versteckten, illegal lebenden Jüdinnen und Juden exemplarisch widerspiegelt.

Über das Projekt, einzelne Rettungsaktionen, spezielle Projekterfahrungen und die in der Region Mittelrhein erkundeten Retterinnen und Retter verfolgter Jüdinnen und Juden hat die Projektgruppe im Mitgliedermagazin des Vereins wiederholt berichtet, zuletzt unter der Überschrift „Sie überwanden ihre Angst" in der Ausgabe 81 im Mai 2014.

Es wäre verführerisch, die Vielzahl der im Rheinland erkundeten Rettungs- und Unterstützungsfälle, die erfolgreich in Yad Vashem eingereichten Ehrungsanträge „als Gerechte unter den Völkern" und die wesentlichsten Projektergebnisse noch einmal Revue passieren zu lassen.

Wir müssen hier darauf verzichten und weisen stattdessen auf eine mit Rücksicht auf den Datenschutz anonymisierte Fassung des Projektabschluss-Kurzberichts hin, die Sie auf der Homepage des Vereins einsehen und herunterladen können.

Die Projektgruppe hat zwar ihre Arbeit abgeschlossen, ist aber weiter an den Fragen hierzu interessiert. Gegenwärtig finden Versuche statt, die Rettungsfälle für die nachhaltige Geschichtsarbeit mit Schülergruppen zu nutzen. Teammitglieder erkunden Fälle in Frankreich und den Benelux-Staaten mit Rettern und Geretteten aus der Region Mittelrhein. Datenbanken befreundeter Organisationen werden mit den im Projekt erkundeten Daten abgeglichen und im Gegenzug auf weitere Geschichten untersucht.

Foto: Archiv Struck

Katharina Bayerwaltes aus Bonn während der Kriegszeit. Sie ist eine der zahlreichen Retterinnen, die von der Projektgruppe der RAG Mittelrhein ausfindig gemacht wurden.

Die Gruppe ist natürlich auch an der Aufnahme einer Projektarbeit zur Rettung verfolgter Jüdinnen und Juden in anderen Regionen Deutschlands interessiert. Unter anderem fand sie bei ihren Recherchen in Kölner Projektakten 39 Rettungs- und Unterstützungsfälle außerhalb der Projektregion Mittelrhein mit Rettungs- und Unterstützungsbeiträgen in Ahaus, Anholt, Berlin, Celle, Cochem, Darmstadt, Diedenhoven, Dortmund, Duisburg, Essen, Frankfurt, Gronau, Hamburg, Hannover, Höxter, Kamp-Lintfort, Karlsruhe, Krefeld, Lorsbach, Magdeburg, Neudersum, Offenbach, Potsdam, Saarbrücken, Schelsen, St. Tönis, Stuttgart, Weimar, Wittlich und Wusterhausen. Im heutigen Polen gab es Rettungsaktionen in Bad-Polzin, Danzig, Moltketal und Posen.

Wer Interesse an einer Mitarbeit hat, kann sich gern bei der Projektgruppe melden. Sollte Interesse an dem vollständigen offiziellen Projektabschlussbericht bestehen, kann man sich ebenfalls an den Koordinator der Projektgruppe wenden unter 0228-9025871 oder struckbonn@t-online.de. ■

Manfred Struck ist Gründungsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., war in der Aufbauphase Geschäftsführer und einige Jahre Sprecher der RAG Mittelrhein des Vereins.

RAG Rhein-Ruhr-West

In Duisburg werden Impulse gesetzt

Die Bundesversammlung der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. findet erstmals in Duisburg statt. Das sei wohl auch ein Kompliment für die Arbeit, die die Duisburger Vereinsmitglieder leisten, sagt deren Sprecher Wolfgang Braun.

Am 21. November tagt in Duisburg die diesjährige Bundes-Mitgliederversammlung der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie" im Duisburger Rathaus. Abends wird dann der gleichnamige Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie" in der Salvatorkirche verliehen. Redakteur Peter Klucken sprach mit Wolfgang Braun, Sprecher der Duisburger Gruppe von „Gegen Vergessen – Für Demokratie".

Die Bundesversammlung einer so honorigen Vereinigung – bisherige Vorsitzende waren u.a. Hans-Jochen Vogel, Hans Koschnick oder Joachim Gauck, tagt demnächst in Duisburg? Weshalb hier, was sind die Hintergründe?

BRAUN: Mit dieser Entscheidung wird ein zentraler Wachstumspfad unserer Vereinigung weiterverfolgt. Die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit in den Städten und Regionen soll bei der Wahl der Tagungsorte unterstrichen werden. Begonnen wurde dies im letzten Jahr mit einer ersten Versammlung in einer „normalen" Stadt in Leipzig, der Heimatstadt unseres damaligen Vorsitzenden, Wolfgang Tiefensee. 25 Jahre nach den Montagsdemonstrationen wurde an geschichtlich wirksam gewordenes Engagement erinnert.

Das Ehrenamt als Bezugspunkt ist verständlich. Nur wieso dann in Duisburg? Handelt es sich um eine Art von Anerkennung?

BRAUN: In aller Deutlichkeit: Es spielten auch eine Reihe weiterer Erwägungen eine erhebliche Rolle. Aber um ein Kompliment für die in den letzten 15 Jahren geleistete Arbeit handelt es sich wohl auch – zumindest wurde uns dies so mitgeteilt.

Wo sehen Sie das Besondere Ihrer Arbeit hier in Duisburg?

BRAUN: Wir haben schon sehr früh über die fünf Gedenktage, die wir in den Mittelpunkt unserer örtlichen Arbeit gestellt haben, den Namen unserer Vereinigung „Gegen Vergessen - Für Demokratie" mit einem Profil versehen, Vergangenheitsbezug und Zukunftsorientierung verbinden können. Freiheit als Verantwortung, wie der heutige Bundespräsident Joachim Gauck am 27. Januar 2004 in der Salvatorkirche die gemeinsame Haltung umriss.

Bitte nennen Sie einige Beispiele.

BRAUN: Überörtliche Aufmerksamkeit haben wir weniger mit unserer Veranstaltungsreihe zum 27. Januar gewonnen, wohl hingegen mit unseren breit gehaltenen europapolitischen Bemühungen wie der Reihe zum 9. Mai – aber auch mit der Gestaltung des 17. Juni als Gedenktag für die Arbeiter- und Freiheitsbewegungen in Osteuropa, besser Mittelosteuropa. Damit konnten wir Impulse für die interne Debatte setzen – und mit unseren Bemühungen zur Demokratievermittlung.

Zur Aktion Duisburg plural werden gesponserte Bierdeckel verteilt.

Meinen Sie das „Fest der Freiheit zum Verfassungstag"?

BRAUN: Auch. Das Fest zum Tag des Grundgesetzes haben wir seit 2007 organisiert, um Wege zu verdeutlichen, die in Deutschland sehr lückenhafte Staatsbürgerkultur, das heißt, immer auch eine mangelhafte Integrationskultur, zu verbessern. Gemeint sind aber auch die Initiativen zur Demokratiegeschichte, die immer noch bestehende Idee eines „Gottfried-Könzgen-Archivs zur Geschichte der Duisburger Demokratie". Auf diesem Hintergrund hatten wir die auch die Würdigungen von „Bedeutenden Duisburger Demokraten", zuerst vorgetragen auf dem Fest der Freiheit 2012 und 2013, dann noch einmal 2014. Und damit – vor allem nach deren Veröffentlichung in Ihrer Zeitung – wurden die Absichten sehr anschaulich und auch sehr wirksam.

Das hören wir gerne. Inwiefern wurde die Artikelserie in der RP innerhalb Ihrer Vereinigung wirksam?

BRAUN: Die kleinen Nachrufe waren wohl – so die uns vorliegenden Berichte – einer der wichtigeren Impulse zum Aufbau der Website http://www.demokratie-vor-ort.de, erstellt von unserer Vereinigung und dem Bündnis für Demokratie und Toleranz.

Wie geht es denn bis zur Versammlung im November weiter?

BRAUN: Wir werden, wenn das eine oder andere Hindernis noch ausgeräumt werden kann, noch zwei Veranstaltungen anbieten. Beide mussten – und damit sind wir bei den Grenzen der ehrenamtlichen Arbeit – aus zwingenden Gründen aus der ersten Jahreshälfte verschoben werden. Am 5. November wird Maria Nooke, Bürgerrechtlerin in der untergegangenen DDR, über ihre damaligen Erfahrungen berichten. Zuvor soll am 5. September 2015 im Dietrich-Bonhoeffer-Haus mal ein „Fest der Freiheit" für alle Helfer und Unterstützer stattfinden. Eine Danke-Schön-Party, die wir längst schon einmal durchführen wollten.

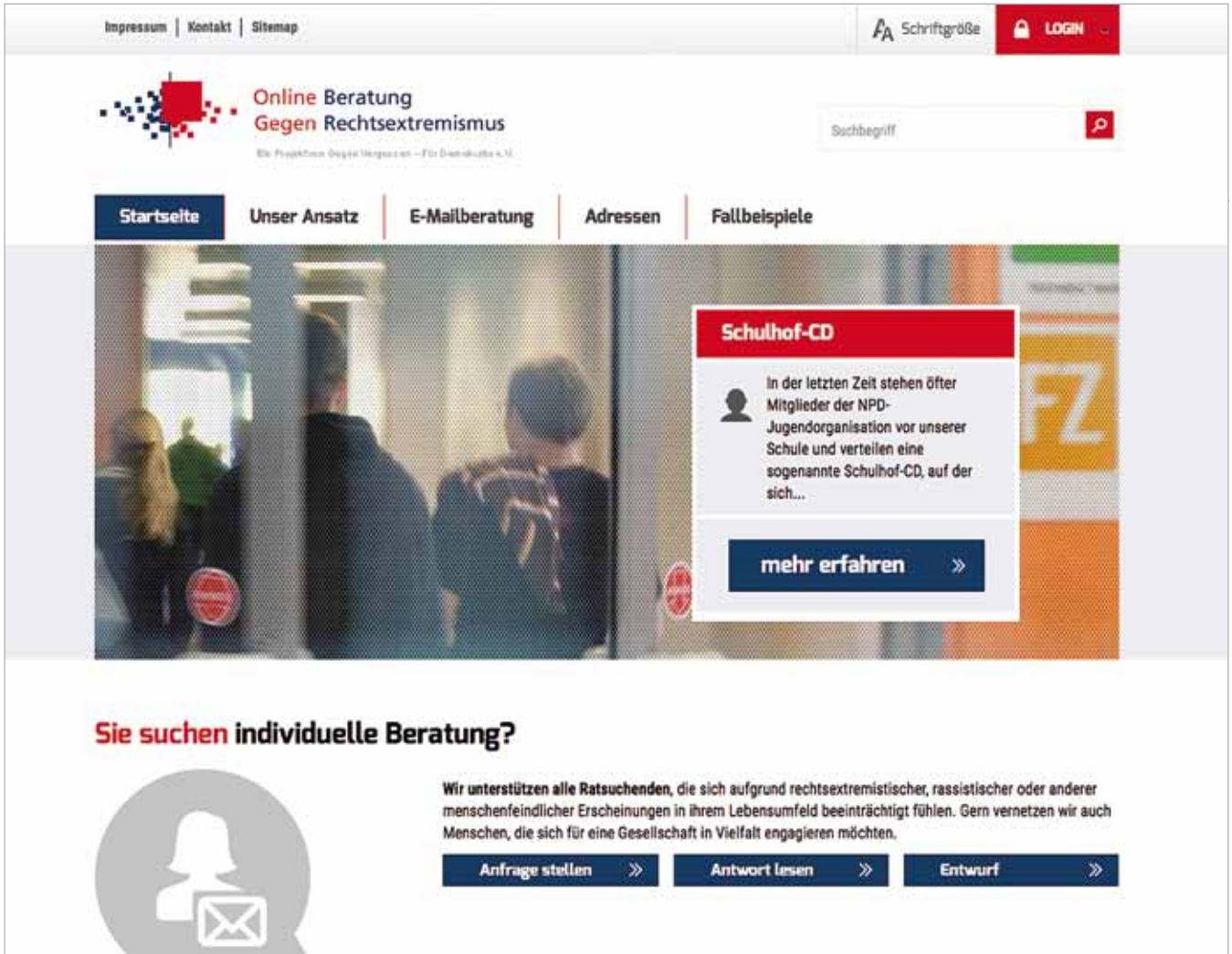
Und der Ausblick nach der Bundesversammlung?

BRAUN: Ende Januar, in der Woche des 27. Januar, werden Werke der Straßburger Künstlerin Francine Mayran in der Salvatorkirche zu besichtigen sein. Ihr Thema: „Die Shoa und ihr Schatten". Im Anschluss werden wir 2016 unsere „Aktion Duisburg plural" – damit auch die Vier Freiheiten des Franklin D. Roosevelt von 1941 – in den Mittelpunkt stellen. Im Rahmen des bekannten Veranstaltungsprogrammes. ■

Der Artikel erschien zuerst in der **Rheinischen Post** (RP).
Wir danken der RP und dem Autor für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

Anzeige

Besuchen Sie das neu gestaltete Beratungsportal: www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de



RAG Schleswig-Holstein stellt sich vor

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ist dort stark, wo sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um vor Ort gemeinsam für die Demokratie einzutreten. Derzeit bestehen bundesweit 35 regionale Arbeitsgruppen und Sektionen, die wir an dieser Stelle vorstellen möchten – mit den Gesichtern, die dahinter stehen. In dieser Ausgabe gibt Sprecher Günter Neugebauer Auskunft, der die Regionale Arbeitsgruppe Schleswig-Holstein als Nachfolger von Rolf Fliegner leitet.

Foto: SPD Schleswig-Holstein/ wikicommons

Name: **Geburtsdatum:** **Beruf:**	**Günter Neugebauer** 13. Juni 1948 Diplom-Finanzwirt, Landtagsabgeordneter (1979–2009)
Motto unserer Initiative:	Tätern und Opfern ein Gesicht geben. Aufklären, für demokratische Werte überzeugen.
So bin ich bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gelandet:	Hatte irgendwo über die Vereinigung gelesen, gab Übereinstimmungen mit meinen Überzeugungen. Ich war viele Jahre passives Mitglied. Ein Auftritt von Joachim Gauck im Kieler Landtag (Lesung) vor drei Jahren weckte meine Aktivität.
Diese Themen interessieren mich besonders:	Wie erreichen wir die Jugendlichen in unseren Gedenkstätten?
Hier bin ich außerdem aktiv:	SPD
Das hat sich seit dem vergangenen Jahr bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Schleswig-Holstein verändert:	Neuer Sprecher, neue Mitglieder, neues Thema: Verfolgung und Flucht.
Die Regionale Arbeitsgruppe Schleswig-Holstein ist …	… jetzt breiter aufgestellt. Mit den Sektionen Schleswig und Westküste. In der Spitze gibt es Mitarbeit von Aktiven aus SPD, CDU, Grünen, FDP.
Für die Arbeit in der RAG wünsche ich mir, …	… eine aktivere Einmischung der vielen noch passiven Mitglieder.
Und zu guter Letzt:	Wir streben eine enge Zusammenarbeit mit anderen Arbeitskreisen und Initiativen an, die identische Ziele wie unsere Vereinigung haben.

RAG Südhessen

Andreas Dickerboom

Als die Angst die Seiten wechselte

Rainer Eppelmann sprach anlässlich des 25. Jahrestags der deutschen Einheit im südhessischen Rödermark.

25 Jahre nach der Vollendung der deutschen Einheit war der heutige Vorsitzende der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, Rainer Eppelmann, einer Einladung der RAG Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und der SPD Rödermark gefolgt. Er bot in seinem Vortrag einen wahren Parforceritt durch 40 Jahre DDR-Geschichte. Eppelmann, bekannt geworden als DDR-Bürgerrechtler und Verteidigungsminister der letzten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière, konnte dabei auf einen wahren Fundus an eigenen Erfahrungen zurückgreifen.

2009 hatte Eppelmann den Preis unserer Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie" für seine Verdienste in Zeiten der Diktatur und der Friedlichen Revolution erhalten. Er habe über viele Jahre ausdauernd und fantasievoll gegen das SED-Regime opponiert und darüber hinaus in Umbruchzeiten und auch danach politische Verantwortung übernommen, so Joachim Gauck in seiner damaligen Laudatio. Schon früh eckte der Pfarrer Rainer Eppelmann an, organisierte Ende der 1970er-Jahre legendäre Blues-Messen und schuf 1982 als Reaktion auf das Wettrüsten im Kalten Krieg zusammen mit Robert Havemann den „Berliner Appell", womit er den Zorn Erich Honeckers auf sich zog. Später war er Gründungsmitglied und Vorsitzender des „Demokratischen Aufbruchs". 1990 wurde er Mitglied der CDU, im selben Jahr in den Bundestag gewählt und Vorsitzender der Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Foto: Andreas Dickerboom

Rainer Eppelmann in Rödermark.

Rainer Eppelmann erzählte vom 17. Juni 1953, als ein in der Verfassung garantiertes Streikrecht blutig niedergeschlagen wurde, vom Tag des Mauerbaus, der „traumatischsten Erfahrung der DDR-Bürger", und davon, wie Millionen Menschen dem Staat den Rücken kehrten. Als Leitmotiv begleitete den Vortrag die Frage „Diktatur oder Demokratie – kein Unterschied?". Für Eppelmann war die Beantwortung dieser Frage erwartbar klar: In der DDR musste es nur nach Demokratie aussehen, entscheidend war jedoch, die Macht zu behalten. Für die jüngste Diskussion, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei, kann der Referent kein Verständnis aufbringen.

Besonders beeindruckend gerieten die Passagen über den Weg zur Friedlichen Revolution. Eppelmann hatte selbst nicht für möglich gehalten, dass der Wandel so schnell kommen könnte, und sprach vom Bild des Nussbaums, dessen Früchte erst nachfolgende Generationen ernten würden. Er betonte die wichtige Vorarbeit, die Gorbatschow durch seine Glasnost- und Perestroika-Politik, aber auch die Solidarnosc-Bewegung in Polen für die Friedliche Revolution in der DDR geleistet habe. Er berichtete vom 2. Oktober und schließlich vom entscheidenden 9. Oktober 1989 in Leipzig, als „die Angst die Seiten wechselte". Nicht vergessen wird Rainer Eppelmann auch sein Erlebnis am 9. November in Berlin am Grenzübergang Bornholmer Straße, als die Offiziere die Grenze ohne Gegenwehr öffneten. Er hinterließ ein Publikum, das von dieser besonderen Geschichtsstunde tief beeindruckt war. ■

Andreas Dickerboom ist stellvertretender Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen und Sprecher der RAG Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Birgit Kipfer

DDR-Museum Pforzheim neu eröffnet

Mit völlig neuem Gesicht zeigt sich das im Oktober wiedereröffnete DDR-Museum Pforzheim – zeitnah zu den Feiern zum 25. Jubiläum der deutschen Vereinigung. Die Neukonzeption präsentiert die Sammlung zur Geschichte der DDR als moderne Ausstellung, die insbesondere für die Hauptbesuchergruppe der Schüler und Schülerinnen aus der Region ansprechend wirken soll. Hierbei kommen neben der professionellen Ausstellungsgestaltung auch unterschiedliche Medien und interaktive Elemente zum Einsatz.

Fotos: Carsten Fertig

Die neuen Innenansichten des Museums.

Das DDR-Museum Pforzheim ist das einzige DDR-Museum in Westdeutschland. Es trägt hiermit eine große Verantwortung, die vergangene DDR-Geschichte sowie die deutsch-deutsche Geschichte in einer Region zu vermitteln, in der wenig Konkretes an das geteilte Deutschland erinnert.

Durch seine eigene Entstehungsgeschichte bedingt, ist das Museum außerdem ein Sprachrohr für die aus der DDR ausgereisten, geflüchteten, freigekauften und verfolgten DDR-Bürger, die im Westen, insbesondere jedoch im Südwesten Zuflucht und eine neue Heimat gefunden haben. Das Thema „Integration und Ankommen im Westen" als regionalgeschichtliche Verbindung zu dem Standort Pforzheim ist das Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen existierenden DDR-/Grenz-/Alltagsmuseen und Gedenkstätten in Deutschland.

Anhand von lokalgeschichtlichen Bezügen wird gezeigt, dass die Geschichte der DDR nicht an der ehemaligen innerdeutschen Grenze aufhört. Ganz im Gegenteil bestanden während der 40-jährigen deutschen Teilung diverse Kontakte zwischen Privatpersonen, Kirchengemeinden und Unternehmen in West und Ost.

Die neue Ausstellung ist Ergebnis kontinuierlicher ehrenamtlicher Arbeit des Vereins Gegen das Vergessen e. V. und der Stiftung Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim. Die Konzeption ist auf Grundlage zahlreicher Workshops mit der Kulturhistorikerin Florentine Schmidtmann, die sich bereits im Studium auf DDR-Geschichte spezialisiert hat, und dem Ausstellungsdesigner Martin Tertelmann aus Stuttgart entstanden. ■

Die Fassade.

Fotos: Carsten Fertig

Fotos: Carsten Fertig

Die Ausstellung wurde völlig überarbeitet.

Birgit Kipfer ist Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und Vorsitzende der Stiftung Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim.

Ein „Türöffner“, der im Stillen klug und geduldig Schwerpunkte setzt

Horst Wiechers erhält das Bundesverdienstkreuz

Im Rahmen des Festakts zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober zeichnete Bundespräsident Joachim Gauck Horst Wiechers, Sprecher der RAG Münsterland, mit dem Bundesverdienstkreuz aus.

Wiechers hatte vor 13 Jahren die Nachfolge von Gisela Schwarze angetreten. Wie ein „Türöffner“ wolle er wirken, sagte Horst Wiechers damals bei seinem Amtsantritt, Projekte ermöglichen und junge Leute für Geschichte begeistern helfen. Dieses ist ihm im großen Stil gelungen: Mehrere Dutzend Mitglieder sind durch seine Überzeugungskraft im Zuge des „Patensystems“ dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie beigetreten.

Der 69-jährige, pensionierte Studiendirektor des Hiltruper Immanuel-Kant-Gymnasiums bekommt die Auszeichnung im November 2015 in Düsseldorf überreicht. Silvia Löhrmann, NRW-Ministerin für Schule und Weiterbildung, nimmt die Ehrung als stellvertretende Ministerpräsidentin in Gaucks Auftrag vor.

Foto: Privat

Horst Wiechers

Durch geduldige Beharrlichkeit, diplomatisches Geschick und vor allem fachliche Kompetenz überzeugte Horst Wiechers Mitte der 1990er-Jahre auch Skeptiker vom Konzept eines „Geschichtsorts“ in der Villa ten Hompel, die damals leer stand. Ehrenamtlich arbeitet er seither als Schatzmeister des gemeinnützigen Fördervereins in der NS-Erinnerungsstätte.

Für die Bezirksregierung war er Moderator in Geschichtsfragen und half beim schulischen „Aufbau Ost“ im Fach Latein nach der Wiedervereinigung. Er ist Mitglied der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Münster und organisierte über viele Jahre für den Allgemeinen Deutschen Fahrradclub in der Stadt Radtouren zu Orten der NS-Vergangenheit.

Gewürdigt wird zudem sein persönliches Engagement für Überlebende der Shoah, für Yad Vashem in Israel, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, den Förderverein des Stadtmuseums Münster, die Erich-Kästner-Gesellschaft und für innovative Geschichtsprojekte mit jungen Menschen, etwa zur Erinnerung an den Westfälischen Frieden von 1648 und an die Opfer von NS-Verbrechen im Baltikum. Im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge baute Horst Wiechers als Bezirksvorstandsmitglied einen pädagogischen Arbeitskreis mit auf. ■

Ein „Küchenkabinett“ für spontane Selbsthilfe

Praktisch gedacht und clever gemacht: Antje Thul aus der RAG Münsterland sagte dem Grauschleier auf mehrfach verwendeten Namensbändern kreativ den Kampf an.

Foto: Antje Thul

Die Gegen Vergessen – Für Demokratie-Namensbänder im großen Wasch-Topf.

Ein „Küchenkabinett“ der kreativen und hilfsbereiten Art eröffnete jetzt Antje Thul als Mitglied der Regionalarbeitsgruppe im Münsterland: Weil Namensschilder und die dazugehörigen praktischen Umhängebänder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. bei Projekten und bei Treffen der RAG in Westfalen so begehrt sind und dort sparsam mehrfach benutzt werden, sorgte sie jetzt in spontaner Selbsthilfe für ein „Großreinemachen“: Gegen den Grauschleier auf dem modernen Werbematerial, der sich wegen der häufigen Wiederverwendung gebildet hatte, half zu Hause ein Topf für die Kochwäsche der besonderen Art. Jetzt leuchtet das blau-rote Logo der Bundesvereinigung wieder auf einem Untergrund in Blütenweiß – praktisch gedacht und clever gemacht, wie die Aktiven aus der RAG um Sprecher Horst Wiechers einhellig lobten. „Eigener Herd ist eben Goldes wert, wie das Sprichwort schon sagt …“. ■

Buchinformation – Neuerscheinung:

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa

Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien bei Wahlen in mehreren Ländern Europas hat verdeutlicht, dass es sich hierbei um ein europäisches Problem handelt. Anschläge aus Kreisen der extremen Rechten, zum Beispiel des Attentäters Anders Breivik in Norwegen und des NSU in Deutschland, vermitteln auch beim Rechtsextremismus ein ähnliches Bild. In allen Staaten ist in Teilen der Bevölkerung gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verbreitet, an der Aktivisten mit ihrer Propaganda anknüpfen können. Ein neuer Sammelband vereint zu diesen Themen Diagnosen und Gegenstrategien aus verschiedenen Ländern, verfasst von Wissenschaftlern und Praktikern. Der Band ist auf Grundlage einer Tagung in Warnemünde entstanden, an der auch Mitarbeiter von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. teilnahmen. Martin Ziegenhagen, Leiter der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, berichtet als Beitrag in dem Sammelband über den individuellen Beratungsansatz des Vereins und die Funktion der virtuellen Beratungsstelle als stärkendes Element der Zivilgesellschaft.

Frank Decker, Bernd Henningsen, Kjetil Jakobsen (Hg.)
Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa.
Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien.

Nomos, Baden-Baden 2015· Broschierte Ausgabe, 414 Seiten · ISBN 978-3-8487-1206-9 · 79,00 €

Nils Theinert

Filmrezension: Der Staat gegen Fritz Bauer

Fritz Bauer war einer der hartnäckigsten Kämpfer gegen das Vergessen der nationalsozialistischen Verbrechen und ging als maßgeblicher Vorbereiter der Frankfurter Auschwitzprozesse in die bundesrepublikanische Geschichte ein. Jetzt gibt es einen neuen Film über ihn: „Der Staat gegen Fritz Bauer" handelt von Bauers Beteiligung an der Ergreifung von Adolf Eichmann durch die Israelis und entspinnt an dieser Rahmenhandlung ein packendes Gesellschaftsmosaik der Adenauer-Ära.

„Wenn ich mein Dienstzimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland." Dieser Satz Fritz Bauers illustriert die Handlung von „Der Staat gegen Fritz Bauer" auf vorzügliche Weise. Im Deutschland des Jahres 1957 kämpft Bauer, gespielt von Burghart Klaußner, als hessischer Generalstaatsanwalt für die Ergreifung und Verurteilung von NS-Tätern. Doch zwölf Jahre nach Kriegsende gibt es kaum Fortschritte zu vermelden. Immer wieder verschwinden Akten und auch Oberstaatsanwalt Ulrich Kreidler (Sebastian Blomberg) und BKA-Mitarbeiter Paul Gebhardt (Jörg Schüttauf) legen Bauer bei seinen Ermittlungen immer wieder Steine in den Weg. Diese beiden stehen im Film stellvertretend für all die unsichtbaren Feinde, gegen die Bauer ankämpfen muss: Die Institutionen der jungen Republik sind durchsetzt mit ehemaligen Nationalsozialisten, die ihre Gesinnungsgenossen schützen. Dann jedoch erhält Bauer einen Hinweis auf den Aufenthaltsort des ehemaligen SS-Obersturmbannführers Adolf Eichmann. Gemeinsam mit dem jungen Staatsanwalt Karl Angermann (Ronald Zehrfeld) verfolgt Bauer die Spur. Sein Ziel: Eichmann in Deutschland vor Gericht stellen.

Die Idee, einen Film über Bauer zu machen, kam Regisseur Lars Kraume nach der Lektüre von Oliver Guez' Buch „Heimkehr der Unerwünschten – eine Geschichte der Juden in Deutschland nach 1945", in dem es unter anderem auch um Fritz Bauer geht. Seine Geschichte faszinierte Kraume, der in Bauer eine singuläre Persönlichkeit sieht: Anders als die meisten NS-Verfolgten woll- »

Ein brillanter Burkhart Klaußner spielt den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, und kommt dem Original sehr nah (kleines Bild).

Foto (groß): zero one Film/Martin Valentin Menke | Foto (klein): absolut Medien GmbH

» te Bauer die NS-Verbrechen schon in den 1950er Jahren aufarbeiten. Bauers Antrieb sei dabei nicht Rache gewesen, sondern eine humanistische Gesinnung und ein erzieherischer Impetus. Aus diesem Grund eröffnet der Film auch mit einer historischen Aufnahme Bauers aus der HR-Talkshow „Heute Abend Kellerklub", in der er versucht, den jungen Zuschauern den Wert der Demokratie zu vermitteln.

Fast alle Figuren im Film hat es tatsächlich gegeben. An Bauers Seite stellt Kraume jedoch den fiktiven Staatsanwalt Karl Angermann. Er steht stellvertretend für eine neue, idealistische Generation von Anwälten, die sich gegen das Schweigen stellten und die Frankfurter Auschwitzprozesse prägen sollten. Zudem ist Angermann schwul und vertraut sich Bauer an. So dient die Figur ebenfalls dazu, Fritz Bauers eigene Homosexualität zu thematisieren, der 1936 im dänischen Exil von der Polizei mit männlichen Prostituierten erwischt wurde. Ohne weiter darauf einzugehen, ob Bauer seine Neigung später weiter ausgelebt hat, gelingt dem Film durch diesen Kunstgriff zweierlei: Zum einen werden durch die Thematisierung des noch in der Nazizeit verschärften und erst 1994 abgeschafften „Schwulenparagrafen" 175 die Kontinuitäten in der Geisteshaltung und das Ausmaß der gesellschaftlichen Zwänge der Adenauer Ära sichtbar gemacht. Zum anderen verstärkt die Thematisierung von Bauers Homosexualität seine Isolierung und unterstreicht seine Rolle als einsamer Kämpfer. Denn auch seine Gegner Kreidler und Gebhardt versuchen diesen Umstand gegen Bauer zu benutzen.

Foto: 2015, alomode Film

Kino-Plakat: Der Staat gegen Fritz Bauer.

Auch in anderen Szenen wird ein eindrückliches Bild vom Nachkriegsdeutschland gezeichnet, so zum Beispiel bei einer Zeugenbefragung Bauers im neuen Daimler Verwaltungsgebäude in Stuttgart. Bauer und Angermann betreten das im Architekturstil der 50er Jahre erbaute Gebäude, um hinter der schönen Fassade einen ehemaligen SS-Offizier an seinem Büroschreibtisch nach Eichmanns Verbleib zu befragen. Es sind solche Szenen, durch die der Film seine Kraft entfaltet, wie auch durch die grandiosen Dialoge. Den Schauspielern gelingt es so, dem Film bei all diesen bedrückenden Themen immer wieder für humorvolle Verschnaufpausen zu sorgen, die nicht deplatziert wirken. Burghart Klaußner schafft es eindrucksvoll, Bauers Art und seinen schwäbischen Dialekt zu verkörpern. Auch Sebastian Blomberg mimt den fistelnden Ex-Nazi und Oberstaatsanwalt überzeugend. Am Anfang des Films treffen sich beide im Treppenhaus und Blomberg alias Kreidler fragt Bauer, ob er denn die Jagd möge. Wohl wissend um Kreidlers NS-Vergangenheit antwortet Bauer süffisant schwäbisch: „Ja, aber nicht auf Tiere!" So durchzuckt das Kino auch immer wieder ein Lacher und trotzdem gelingt es dem Film, die Zuschauer nachdenklich nach Hause zu schicken.

„Der Staat gegen Fritz Bauer" ist ein beeindruckender Film gegen das Vergessen des Vermächtnisses eines beeindruckenden Mannes und auf alle Fälle einen Kinobesuch wert!. ■

Nils Theinert studiert im Masterstudiengang Public History an der FU Berlin und ist studentischer Mitarbeiter von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

Der IS, die Flüchtlinge und wir ...

Flucht gen Europa und Willkommenskultur gegen Masterpläne, Fanatismus und Terror?

Gehören Sie vielleicht auch zu denen, die brandaktuelle Nachrichtenmeldungen im Internet, aktuelle Nachrichtensendungen in Rundfunk oder Fernsehen (oder die entsprechenden Berichte mit Tagesverzug in den täglichen oder den wöchentlichen Printmedien) kaum noch ertragen können? Oder von Tag zu Tag weniger? Die keiner Flüchtlingsprognose mehr trauen? Die Gebietseroberungen und/oder -verluste des IS nicht mehr überblicken? Die aufgegeben haben, nicht nur die militärische Rolle der Türkei zu durchschauen (und die des Baschar al-Assad oder Russlands erst recht)? Die das Hin- und Herschwanken der europäischen, schlechter: der deutschen Politik zwischen „Wir schaffen das!" und stacheldrahtiger Abschottung der Außengrenzen nicht mehr akzeptieren können und wollen (und noch, als diese Zeilen geschrieben werden, den wieder aktuellen Zuwachs bei Pegida in Dresden schon gar nicht)? Und die sich im Kreise drehenden Talk-Shows mit den immer gleichen, ach so kundigen Gesprächspartnern und ihren meist lauten Vorurteilen ... oder Sätze wie die des Oppositionsführers im Kieler Landtag Ingbert Liebing: „Wir brauchen auch eine Verabschiedungskultur. [...] So wie Kamerateams Flüchtlinge an der Grenze bei der Einreise zeigen, sollten Kamerateams auch zeigen, wenn ein Bus in die andere Richtung fährt." Also wissen Se, also wissen Se, nee ...

Aber nein, einen beschaulicheren Beitrag – locker, flockig und aufmunternd zubereitet –, den kann Ihnen der Mensch nicht bieten heute, sorry. Und er will es auch nicht. Wir bleiben beim Thema: mit drei Büchern über den IS, seine Strategien des Terrors und deren Folgen, mit Rückblicken bis fast hinein in unsere Gegenwart; mit einem Titel, der der Zukunft zugewandt ist in Europa, der Zukunft der Migranten und der Zukunft von uns ‚Ureinwohnern'. Und es erscheint höchst wahrscheinlich, dass die Zukunft der Flüchtenden sich nicht mehr sehr unterscheiden wird von unserer Zukunft, wenn denn alles gut geht ... und wir das schaffen. Also:

Christoph Reuter, Jahrgang 1968, spricht perfekt Arabisch, hat Islamwissenschaften studiert und arbeitet seit vielen Jahren im Nahen Osten, seit 2011 als Korrespondent für den SPIEGEL. Seine Buch über „Die schwarze Macht", also den „Islamischen Staat", ist die beste und die aktuellste Studie, die auf dem Markt ist: Pflichtlektüre (und eine erstaunlich lesbare dazu!). Reuter nimmt kein Blatt vor den Mund und lässt nichts aus, seine Bilanzen sind erschreckend nüchtern. Die erste: Der IS verdankt seinen (Wieder-)Aufstieg 2014 von einer „Terrorzelle im Untergrund" zu einem „Staat" mit – im Frühjahr 2015 – „mehr als 5 Millionen Menschen und eine[r] Fläche von der Größe Großbritanniens" dem Aufstand der Menschen nicht nur in Syrien gegen Diktatur und Unterdrückung. „Wo die Diktatur wich, entstanden Räume, die der IS besiedeln konnte wie ein Parasit das Wirtstier."

Sorgsam vorbereitet war dieser Weg. Geheimdienstler und Militärs ehemals unter Saddam Hussein waren zur Stelle, als es um die Macht ging und die Strategien für die Zukunft: eine kleine, höchst effektive Gruppe aus ehemaligen Anhängern der Baath-Partei und Islamisten. Auch einer der wichtigsten „Architekten des Terrors" mit dem Decknamen Haji Bakr hatte als Geheimdienst-Oberst zu den Anhängern Saddam Husseins gehört. Jetzt entwarf er altmodisch handschriftlich die Masterpläne, die Organigramme, die Strukturen des „Stasi-Kalifats": vom Einsickern der Agenten in die Dörfer über islamische Missionierungsbüros bis zum Bespitzeln der Anwohner, dem gezielten Ausschalten der Wortführer vor Ort bis zur Gewaltherrschaft in jedem Dorf, jeder Region, jedem besetzten Gebiet – Propaganda inklusive. »

Christoph Reuter
Die schwarze Macht. Der „Islamische Staat" und die Strategen des Terrors. Ein SPIEGEL-Buch.

Deutsche Verlags-Anstalt, München 2015, Auflage: 3 (21. April 2015)
Gebundene Ausgabe, 352 Seiten
ISBN: 978-3-421-04694-9 • 19,99 €

» Die zweite Bilanz: Der „Islamische Staat“ und der syrische Diktator Baschar al-Assad haben phasenweise glänzend kooperiert, der eine zum Nutzen des anderen und umgekehrt. In der Wahl seiner Unterstützer war und ist die Führung des IS nicht pingelig, sondern äußerst flexibel: mal mit den syrischen Rebellen, mal gegen sie; mal gegen Assad, mal an seiner Seite; mal ein „Stillhalteabkommen“ mit den Kurden im Nordirak, mal gegen sie. Und die Folgen? „Man kann den ‚Islamischen Staat‘ durchfahren, stundenlang. Welch enorme Wirkung dies hat auf die weltweite Szene der Anhänger und zunehmend Gewaltbereiten, spiegelt sich in all den Attacken und Anschlägen wider, die gar nichts direkt mit dem IS zu tun haben – und doch ausgelöst werden von der Veränderung des Klimas, von einem ansteigenden Gefühl der Ermächtigung in der internationalen islamistischen Szene.“

Rückschläge übrigens sind ‚eingepreist‘ auf diesem Wege der „Machterweiterung um jeden Preis“. Christoph Reuter formuliert es so: „Schrumpfen ist Teil des Programms, nicht Auftakt zur Niederlage.“ Und noch deutlicher wenige Zeilen später: „Jeder Sieg ist ein Gottesbeweis, jedes Scheitern eine Prüfung.“ Der Kampf des IS gegen die Jesiden zuletzt auf dem Berg Sinjar und deren Befreiung, deren Rettung durch die kurdische PKK gehört zu den eindrucksvollsten und erschütterndsten Kapiteln dieses Buches.

Und die dritte, die Schlussbilanz? Christoph Reuter ist sich sicher, der IS wird seine Macht erweitern mit allen nur denkbaren und möglichen Mitteln: „den Mitteln des Terrors, der Infiltration, der Propaganda und der hakenschlagenden militärischen Zweckbündnisse“. Mit dem Ausrufen des Kalifats und den letztlich gescheiterten Angriffen vor allem auf die Jesiden und auf Kobane scheint sein Vorrücken deutlich schwieriger geworden zu sein. Der IS ist angreifbarer geworden, denn er habe nichts wesentlich anderes zu bieten als die Diktatoren dort früher: „Unterdrückung und Ausbeutung“. Nur die Rebellion dagegen und der Widerstand von innen – sie brauchen Zeit, sehr viel Zeit, meint Christoph Reuter. Und er zitiert ganz am Schluss Sätze eines Mannes aus dem Irak, als eine Art Langfristprognose gewissermaßen: „Vor uns liegt das dunkle Zeitalter des Islam. Und das ist gut so. Eine Errettung von außen wäre falsch. Wir müssen den Terror der Islamisten durchleben. Nur so werden die Menschen erkennen, dass Glauben und Politik eine tödliche Mischung sind, die zu nichts anderem führt als einem Machtmissbrauch im Namen Gottes.“

Auf dem Weg in den Dschihad

Lamya Kaddor ist als Kind syrischer Eltern 1978 in Deutschland geboren. Sie ist gläubige Muslimin, arbeitet als islamische Religionslehrerin und Islamwissenschaftlerin und ist die Gründungsvorsitzende des „Liberal-Islamischen Bundes“. Lamy Kaddor schätzt, sie habe in den vergangenen zwölf Jahren mehr als 1.000 Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens unterrichtet. Eine Handvoll von ihnen ist von Salafisten geworben worden, ist abgetaucht und gen Syrien in den Dschihad gezogen. Lamya Kaddor fühlt sich betroffen. Und deshalb hat sie dieses Buch geschrieben: „Zum Töten bereit“.

Es ist handfest und ganz praktisch. Dinslaken-Lohberg am Rande des Ruhrgebiets ist der Muster-Stadtteil – er wird den Ruf, eine Salafisten-Hochburg in Deutschland zu sein, nicht mehr los. Ein Stadtteil, in dem es für Jugendliche mit Migrationshintergrund mehr als schwierig ist, Anerkennung zu finden und Orientierung – innerhalb der Familie und außerhalb, ganz gleich; ein Stadtteil, in dem jemand, der wortgewaltig Anerkennung und Orientierung verspricht, schnell Gehör findet und Erfolg hat. Einmal gescheitert, das reicht für ein ganzes Leben.

Was die jungen „Gotteskrieger“ in den Reihen des IS erwartet, das wissen sie nicht so genau. Aber die jungen, sie werbenden Salafisten sprechen ihre Sprache, das allein zählt und zieht. Die Eltern, die Familien sind ratlos, wenn sie viel zu spät mitbekommen, wie sich der Sohn, die Tochter fundamental geändert haben. Das soziale Umfeld verstärkt eher noch den Wunsch nach Ausstieg. Und das religiöse Umfeld scheint erst ganz langsam zu begreifen und umzusetzen, dass es gefordert ist. Viel mehr islamische Religionslehrer werden gebraucht (wer besser informiert ist, ist weniger verführbar); die Moschee-Gemeinden haben sich verstärkt um eine kritische Religionsvermittlung zu kümmern (Kritikfähigkeit stabilisiert) und die Politik hat sich endlich intensiv um diese zweite oder gar schon dritte Generation der Migranten zu kümmern: fehlende Anerkennung, Arbeitslosigkeit oder Resignation sind als die einzigen Bausteine von Gruppenidentität allzu schnell der Anfang vom Ende.

Lamya Kaddor macht Vorschläge, hält ihre Kritik nicht zurück und weiß offensichtlich ganz genau: Der Weg zu einem dringend notwendigen und offenen „innerislamischen Dialog der Mitte“ ist noch mindestens so weit wie der Abbau von Vorurteilen von Deutschen und Migranten steinig. Überlebensnotwendig sind beide. „Wir alle, Muslime wie Nichtmuslime, müssen mehr tun, um unsere Gesellschaft zu schützen“, fordert Lamya Kaddor und geizt nicht mit Vorschlägen: handfest und praktisch und gut.

Lamya Kaddor
Zum Töten bereit. Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen.

Piper Verlag, München 2015
Broschierte Ausgabe, 256 Seiten
ISBN: 978-3-492-05703-5 • 14,99 €

Staatsversagen und Religionskrieg

Auch Rainer Hartmann, Jahrgang 1958, ist Islamwissenschaftler. Er war jahrelang für die FAZ Berichterstatter aus der Türkei und der arabischen Welt, zuletzt aus Abu Dhabi. Sein schmaler Band „Endstation Islamischer Staat?" hat zwar den IS, sein Entstehen, seinen Machtzuwachs und seine (potenzielle) Zukunft im Fokus, reizt aber vor allem durch diese These: In der arabischen Welt folgt dem „Staatsversagen" in der Vergangenheit jetzt in der Gegenwart der „Staatszerfall". Der gibt Raum nicht nur für den „Islamischen Staat", sondern für einen „Dreißigjährigen Krieg der Araber" mit zahllosen Parallelen zum Dreißigjährigen Krieg in Europa. So reizvoll diese These auf den ersten Blick – ein Religionskrieg in der arabischen Welt heute? Skepsis scheint angezeigt, scheint gerade beim IS die Religion phasenweise nicht mehr zu sein als das Mäntelchen, das totalitäre Machtinteressen zudeckt, für eine Weile zumindest.

Hartmann blickt über den Irak und über Syrien hinaus: Schlaglichtartig auf das Ägypten der Militärs, auf das als Staat zerbröselnde Libyen, auf die Demokratie Tunesien, die als einzige des arabischen Frühlings die Chance hat zu überleben ... mit Glück, zugegeben, mit sehr viel Glück sogar. Hartmanns Skepsis scheint noch ein bisschen größer als die Christoph Reuters: „[...] der ‚Dreißigjährige Krieg der Araber' steht erst an seinem Beginn, und niemand weiß, wann und wie er endet. Der IS wird keine Endstation sein. Entscheidend ist, was auf ihn folgen wird."

Kultur und Migration

Und wo, bitteschön, bleibt das Positive?

KULTURREPORT steht in großen Buchstaben über dem EUNIC-Jahrbuch 2014/2015, das den Titel trägt „Europa. Festung oder Sehnsuchtsort?" und den mindestens ebenso wichtigen Untertitel „Kultur und Migration". EUNIC ist das „Europäische Netzwerk der Nationalen Kulturinstitute" von Österreich und Belgien bis zu Schweden oder Großbritannien, das zusammen mit dem „Institut für Auslandsbeziehungen" (ifa) und der „Europäischen Kulturstiftung (ECF) Amsterdam" diesen Kulturreport herausgegeben hat (übrigens auf Deutsch und auf Englisch). Was hier so dröge bürokratisch daherzukommen scheint, entpuppt sich vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingsbewegungen und der aktuellen, offensichtlich immer brisanter werdenden europäischen (auch gerade deutschen!) Diskussionen als eine wunderbare Handreichung für die, die ein Stück weit über den Zeithorizont hinaus denken und handeln wollen. Hier ist der Stoff, aus dem Politik sein kann, wenn sie denn gestalten will. Konkret:

Wenn seit 1988 über 20.000 Menschen auf dem Weg nach Europa ums Leben gekommen sind, mindestens zwei Drittel von ihnen sind im Mittelmeer ertrunken, dann scheint es hohe Zeit, die Festung Europa zu schleifen, Barrieren abzubauen und „durch eine rationale Einwanderungspolitik" zu ersetzen. Der Brite Kenan Malik.

Wenn immer mehr Einwanderer in den Sehnsuchtsort Europa kommen, dann ist es längst nicht mehr getan mit Wohncontainern, Kleiderkammern, organisierten Mittagstischen oder Polizeischutz, sondern: „Einwanderung darf nicht nur in Gaststätten und Einwohnermeldeämtern stattfinden. Aneignung von Einwanderung sieht anders aus: Sie findet an den Schulen statt, sie zeigt sich in den Lehrplänen aller Schularten, in den Schulbüchern, sie zeigt sich auf den Spielplänen der Theater und auch in der Art und Weise, wie wir über die Integration diskutieren." Der Deutsche Heribert Prantl.

Immigration ist individuell, Migration dagegen ein kaum kontrollierbares Natur- oder Massenphänomen. Die Folgen: „Immigration haben wir nur, wenn die Immigranten (die aufgrund einer politischen Entscheidung aufgenommen worden sind) in großer Zahl die Lebensweise des Landes, in das sie einwandern, übernehmen. Migration dagegen haben wir, wenn die Hereinströmenden (die niemand an der Grenze aufhalten kann) die Kultur des Landes radikal verändern. [...] Das Problem ist, dass Europa im dritten Jahrtausend – da ich kein Prophet bin, kann ich das Datum nicht präziser angeben – ein vielrassischer oder, wenn man lieber will, ein ‚farbiger' Kontinent sein wird. Ob uns das passt oder nicht, spielt dabei keine Rolle: Wenn es uns gefällt, umso besser; wenn nicht, wird es trotzdem so kommen." Der Italiener Umberto Eco.

Nur drei europäische Stimmen unter über 40 anderen aus 20 Ländern, Stimmen von Menschen, die sich nicht nur um ein „effektives Migrationsmanagement" kümmern, sondern auch sorgen um die Zeit direkt danach, um eine wirklich „erfolgreiche Integrationspolitik" also – ein Schlüssel dazu: die Kultur. Nehmen Sie es ganz breit und weit: Sprache und Religion, Sport und Theater, Erziehung und Bildung oder Ausbildung, Kunst und Literatur, Medien natürlich und Stadtplanung oder „Mobilität als Chance" ... eine Fülle von ganz unterschiedlichen Beispielen, ganz einfachen Vorschlägen, längst nicht immer problemlosen Erfahrungen, Konzepten, Widersprüchen. Dieses Buch ist eine Fundgrube und ... Pflichtlektüre: gut lesbar, verständlich geschrieben, überzeugend (und immer diskussionswürdig). »

Rainer Herrmann
Endstation Islamischer Staat? Staatsversagen und Religionskrieg in der arabischen Welt.

Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2015
Broschierte Ausgabe, 144 Seiten
ISBN: 978-3-423-34861-4 • 12,90 €

» *Und wie wäre es mit noch etwas Positivem?*

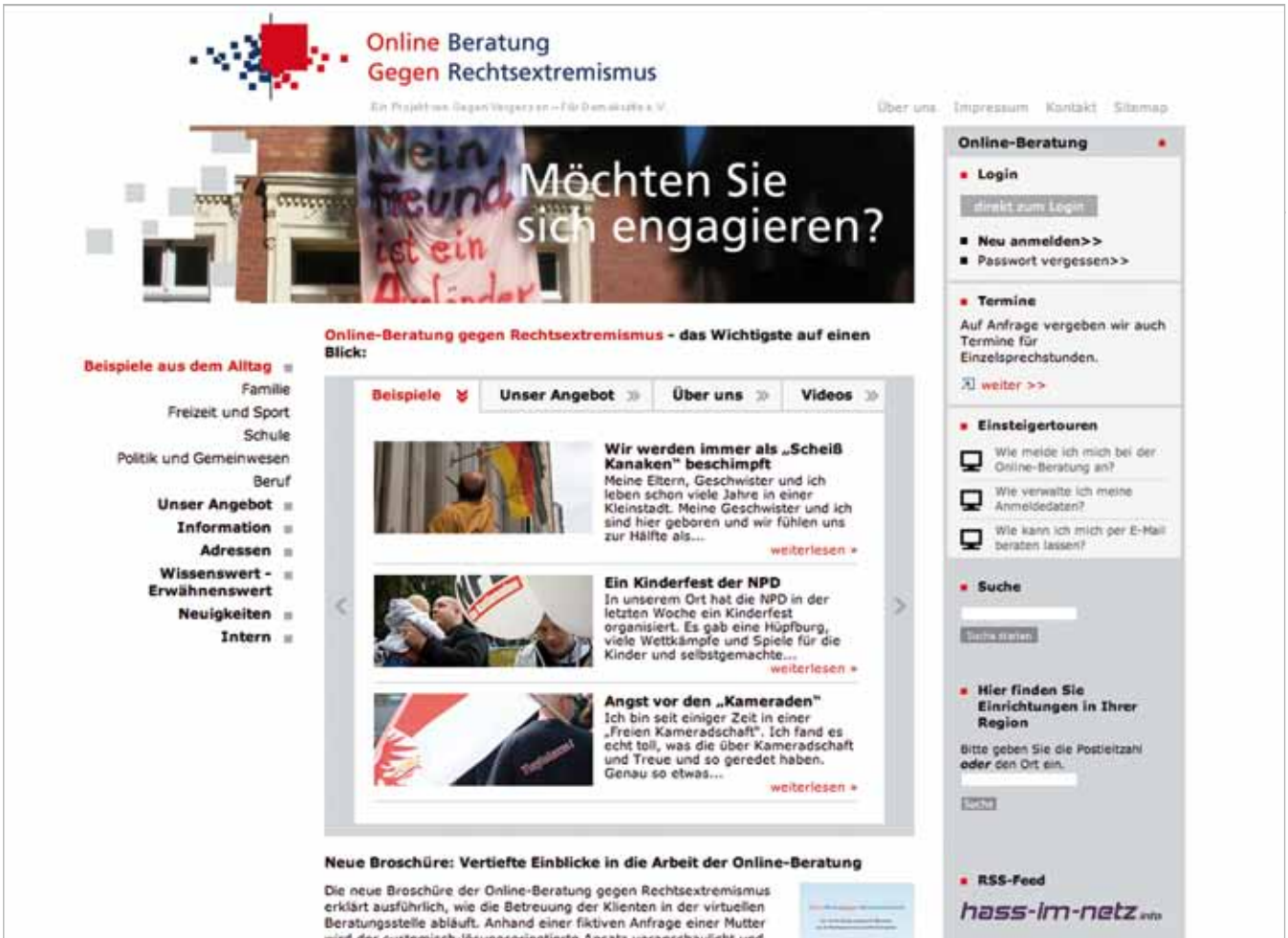
Aber gern, bitte sehr: Jenny Erpenbeck hat einen aktuellen, wunderschönen, leisen Roman geschrieben. Er erzählt von gestrandeten Flüchtlingen auf dem Oranienplatz in Berlin, von dem emeritierten Professor Richard, der jetzt Zeit hat ... sehr viel Zeit zum Zuhören und Beobachten, zum Helfen vielleicht und für die Erinnerungen, für die Geschichten der Fremden und die eigenen auch. Sie gehen uns an, so einfach ist das: Sie gehen uns an. Ein kluger Roman, und anrührend ist er auch und liebevoll und manchmal ein bisschen ratlos, ehrlich also. Es ist der beste Roman dieses Herbstes, finde ich. ■

Jenny Erpenbeck
Gehen, ging, gegangen.
Albrecht Knaus Verlag, München 2015
Gebundene Ausgabe, 352 Seiten
ISBN: 978-3-8135-0370-8 • 19,99 €

Herausgegeben von ifa / EUNIC
Europa: Festung oder Sehnsuchtsort?
Kultur und Migration.
Steidl Verlag, Göttingen 2015
Gebundene Ausgabe, 302 Seiten
ISBN: 978-3-86930-953-8 • 20,00 €

Anzeige

Besuchen Sie auch unter: www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de



Über die unermüdliche Zeitzeugin Ingeborg Hecht

Wolfgang Dästner

Biografie von Monika Rappenecker und Sabine Frigge erschienen

Die Sektion Südbaden des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V." freut sich, dass es unserem Mitglied Monika Rappenecker gelungen ist, punktgenau zu ihrer Verabschiedung als Studienleiterin der Katholischen Akademie Freiburg ihre Publikation über Ingeborg Hecht, die sie auf vielen Reisen begleitete, zu präsentieren. Ein weiterer Bezug zu unserer Vereinigung besteht darin, dass Ingeborg Hecht Ehrenmitglied ist, denn es war ihr ein Anliegen, den Verein, der von Hans-Jochen Vogel 1993 nach den fremdenfeindlichen Ausschreitungen gegründet wurde, auch hier im Südwesten publik zu machen. Das ist ihr gut gelungen, denn sie konnte viele Menschen, auch prominente Persönlichkeiten, für die Arbeit im Südwesten gewinnen, u.a. auch Freiburgs OB Dieter Salomon.

Ein wesentlich bedeutsamerer Teil ihrer Lebensleistung bestand aber darin, ihre Lebenserfahrungen als Zeitzeugin an ungezählt viele Zuhörer weiterzugeben, vor allem aber an Jugendliche in Schulklassen aller Schularten. Denn Ingeborg Hecht, geboren 1921, war Zeitzeugin der Judenverfolgung im Dritten Reich, die sie in Hamburg erdulden musste. 1943 floh Ingeborg Hecht aus dem Hamburger Bombeninferno in den Breisgau. Aufgrund einer schweren Traumatisierung konnte sie jahrzehntelang ihre Wohnung in Freiburg nicht verlassen. Erst durch das Aufschreiben ihrer Erlebnisse in dem Buch „Als unsichtbare Mauern wuchsen: Eine deutsche Familie unter den Nürnberger Rassengesetzen" bezwang sie ihre Phobie. Ralph Giordano schrieb im Vorwort, mit der vorliegenden Dokumentation sei Ingeborg Hecht ein Werk von erschütternder Glaubwürdigkeit gelungen – die autobiographische Geschichte einer Frau, die nach den Rassengesetzen des Dritten Reiches „Mischling ersten Grades" war: der Vater Jude, also „nichtarisch", die Mutter „arisch". Bis zu ihrem Tod 2011 setzte sie sich gegen Fremdenhass, Rassismus und das Vergessen der NS-Verbrechen ein.

Mit dem Buch »Rückblick und Einblick. Ingeborg Hecht – ihre Freundschaften – ihr Leben« soll nun „die Erinnerung an diese außergewöhnliche Frau wachgehalten werden", so führte Monika Rappenecker bei der Präsentation aus. In dem Band, an dem auch Sabine Frigge maßgeblich beteiligt ist, wird umfangreich aus Interviews zitiert, die ursprünglich für eine Filmdokumentation geführt wurden. Menschen, die Ingeborg Hecht begleitet haben, kommen zu Wort: Inge Hutton (die „kleine Inge"), Gerhard Wundermacher, Ralph Giordano, Thomas Held u.a.

Im Anhang sind die Lebensdaten von Ingeborg Hecht, eine Übersicht über ihre literarischen Arbeiten und ein Quellenverzeichnis angefügt. Wer Ingeborg Hechts Bücher schon kennt, wird hier eine lebendige Ergänzung finden. Für alle anderen Leser kann diese erste Bekanntschaft den Impuls vermitteln, sich mit der Biografie Ingeborg Hechts und der Geschichte des Dritten Reiches genauer zu beschäftigen. Der biografische Ansatz ist gewiss sehr hilfreich für das Verständnis dieses Teils der deutschen Geschichte, denn so bekommt Historie, die oft trocken wirken kann, ein menschliches Antlitz, und in diesem Falle ein sehr sympathisches: Wer Ingeborg Hecht kannte, musste sie respektieren, konnte sie verehren und lieben. Ihre vielen Freunde zeigen das sehr eindrucksvoll in den vorliegenden Gesprächen. – Den Autorinnen dieser Publikation sei gratuliert und gedankt. ■

Wolfgang Dästner ist Sprecher der Sektion Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Monika Rappenecker, Sabine Frigge
Rückblick und Einblick Ingeborg Hecht – ihre Freundschaften – ihr Leben

Rombach Verlag KG, 2015
Broschierte Ausgabe, 130 Seiten
ISBN: 978-3-79305-135-0 • 14,00 €

Stacheln im Honig. Eine deutsch-israelische Familiengeschichte

Andreas Dickerboom

Joel Dorkam kam 1929 als Hans-Lothar Dispeker in Kassel zur Welt. In seiner zunächst in Hebräisch herausgegebenen Autobiografie erfahren wir, warum aus Hans-Lothar schließlich Joel wurde. Ernst Klein, dem nordhessischen Regionalsprecher unserer Vereinigung, ist es zusammen mit Mechtild Wallbrecher zu verdanken, dass diese spannende deutsch-israelische Familiengeschichte nun auch in einer deutschen Übersetzung erhältlich ist.

Joels Vater war der in Kassel sehr bekannte Journalist Sigmund Dispeker, der dort ab 1919 für das Casseler Tageblatt schrieb. Dessen Kolumnen, die „Casseler Spaziergänge", galten als feuilletonistische Glanzlichter. Als die Nationalsozialisten ab 1933 auch in Kassel die Macht übernommen hatten, musste der Jude Dispeker seinen Job beim Tageblatt aufgeben und floh mit seiner Frau Blanche und dem kleinen Hans-Lothar zunächst nach Frankreich. Als es auch dort immer gefährlicher wurde, ging es 1942 nach einer abenteuerlichen Flucht über die Pyrenäen weiter nach Spanien. Dort wurden die Eltern interniert, während der Sohn in ein Waisenhaus kam. 1944 schließlich gelang es der Familie, nach „Eretz Israel" auszureisen.

In Israel gehörte Hans-Lothar zu den Mitbegründern des Kibbuz Tsuba. Dort lebte er bis zu seinem Tod zusammen mit seiner Frau Sarah, dort sind auch die Kinder und Enkel aufgewachsen. Sein neuer Name Joel Dorkam war frei gewählt – Dorkam bedeutet nicht ohne Grund „eine Generation entsteht". In Israel entwickelte sich schnell eine starke Bindung an die Traditionen des Judentums. Schon als junger Mann nahm Joel am Unabhängigkeitskrieg von 1948 teil. Die Bindung an die ehemalige Heimat ließ ihn 1962 ein erstes Mal in das Land reisen, aus dem seine Familie in der NS-Zeit vertrieben worden war. Seit Ende der 1980er-Jahre wurden die Beziehungen zur Geburtsstadt Kassel stärker und sind es bis zuletzt geblieben, vor allem auch dank des Engagements von Ernst Klein, den mit Joel Dorkam eine enge Freundschaft verband.

Dorkam erzählt in einer lebendigen, humorvollen und sehr ehrlichen Weise von seinem bewegten Leben. Er beschönigt nichts und schont auch nicht sich selbst. Was dieses Buch aber zu einem außergewöhnlichen macht, sind die vielen ergänzenden Aufzeichnungen seines Vaters Sigmund Dispeker, die schon allein es wert wären, in einem eigenen Band veröffentlicht zu werden. Immer wieder wechselt die Perspektive zwischen Vater und Sohn. Das ist bisweilen etwas verwirrend, aber hat sich der Leser erst einmal darauf eingelassen, wird schnell deutlich, von welcher Qualität die Erinnerungen Sigmunds sind. Es entsteht ein faszinierendes Panorama seiner Heimatstadt Kassel vor und nach der Jahrhundertwende mit wunderbaren anschaulichen Schilderungen. Dispeker zeichnet das Bild einer völlig integrierten und anerkannten jüdischen Familie, die sich, aufgrund des Rassenwahns der Nationalsozialisten aus der Heimat vertrieben, auf eine mehr als zehnjährige Odyssee begibt, bis sie schließlich in Israel ein neues Leben aufbaut. Joel hat somit fast seine gesamte Kindheit auf der Flucht vor den Nazis verbracht. Umso bemerkenswerter, mit welchem Engagement er sich um die deutsch-israelische Freundschaft verdient gemacht hat.
Im März 2015 starb Joels Ehefrau Sarah, er selbst nur wenige Monate später. Zum Glück ist es noch gelungen, seine Familiengeschichte zu Papier zu bringen.

Eine abschließende Bemerkung zum ungewöhnlichen Titel des Buchs: In Anlehnung an den bekannten Satz, dass Israel das Land sei, in dem Milch und Honig fließen, bemerkt Joel Dorkam, dass in seinem Honig viele Stacheln waren. ■

Andreas Dickerboom ist stellvertretender Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen und Sprecher der RAG Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Joel Dorkam-Dispeker
Stacheln im Honig. Eine deutsch-israelische Familiengeschichte.

Schüren Verlag, Marburg 2015
Broschierte Ausgabe, 352 Seiten
ISBN: 978-3-89472-290-6 • 19,90 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

N.N., Vorsitzender

Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a. D.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Stellvertretender Vorsitzender, Historiker

Dr. Irmgard Schwaetzer, Stellvertretende Vorsitzende, Bundesministerin a.D., Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Ekin Deligöz, MdB

Ernst Klein, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dieter Althaus, Ministerpräsident von Thüringen a. D., Vizepräsident von Magna International

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Dr. Alfred Geisel, Vizepräsident des Landtages von Baden-Württemberg a. D.

Iris Gleicke, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Kerstin Griese, MdB

Reinhard Grindel, MdB

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg; Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Prof. Dr. Volkhard Knigge, Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Markus Löning, ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Dr. Maria Nooke, stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. habil. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Ulrike Poppe, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Pädagoge und Theologe

Linda Teuteberg, ehemaliges Mitglied des Landtags von Brandenburg

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Rainer Braam, Unternehmer

Dr. Thomas Goppel, Mitglied des Landtages von Bayern, Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Bertold Leibinger, Aufsichtsratsvorsitzender der Trumpf GmbH & Co. KG

Dr. h.c. Max Mannheimer, Autor und Maler

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Wolfgang Tiefensee, 2012 – 2014, Wirtschaftsminister in Thüringen

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003 – 2012, Bundespräsident

Dr. h.c. Hans Koschnick, 2000 – 2003, Bürgermeister von Bremen a. D

Dr. Hans-Jochen Vogel, 1993 – 2000, Bundesminister a. D.

„Ein beeindruckendes und tief berührendes Porträt. Dem Team um Ullabritt Horn ist ein wundervoller Film gelungen. A Woman Can Make a Difference."
Deutsche Film- und Medienbewertung

/amancanmakeadifference

BENJAMIN B. FERENCZ

A man can make A difference

EIN FILM VON
ULLABRITT HORN

„Appell für den Frieden"
programmkino.de

AB 12. NOVEMBER IM KINO

DEUTSCHE FILM- UND MEDIENBEWERTUNG
Prädikat besonders wertvoll
FBW

amancanmakeadifference.wfilm.de

Kulturstiftung der Sparkasse Nürnberg
Film und Medien Stiftung NRW
IFFNW
Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Film und Medien Stiftung NRW
Wfilm